

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Januar 1958

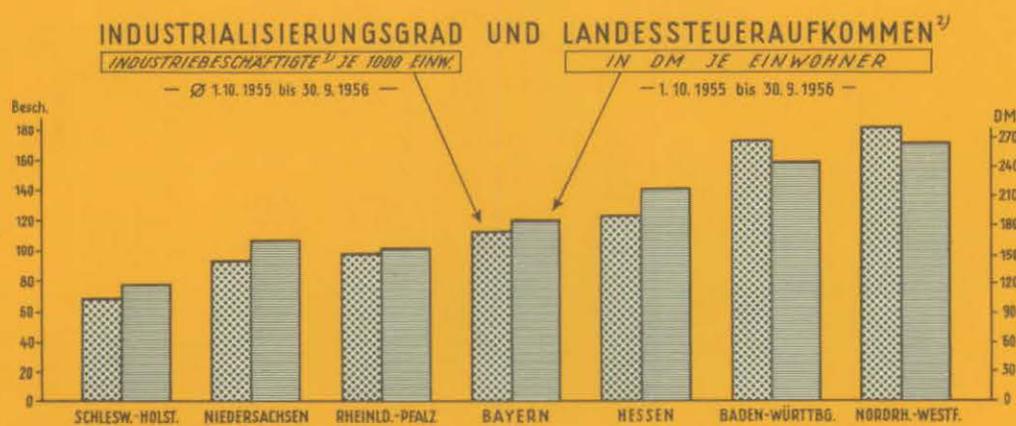
10. Jahrgang · Heft 1



INHALT

Gesamtüberblick	1	Kurzberichte	
Vorausrechnung 6 -		Die Konsumgenossenschaften 1954-1956 . . .	21
Vorausrechnungen wirtschaftlich		Die Beherbergungskapazität	
relevanter Größen - Teil I -	3	in den Fremdenverkehrsorten	22
Die Struktur des Wohnungsbedarfs		Der Anbau auf dem Ackerland 1957	23
in Schleswig-Holstein	13	Tabellenteil	25
Studierende an der Christian-Albrechts-			
Universität in Kiel	18		

Graphik des Monats: „Anteile der Länder an Bevölkerung und Wirtschaft
des Bundesgebietes 1957“ 16



¹⁾nach der monatlichen Industrierichterstattung, ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft
²⁾nach Abzug des Bundesanteils

Herausgegeben vom

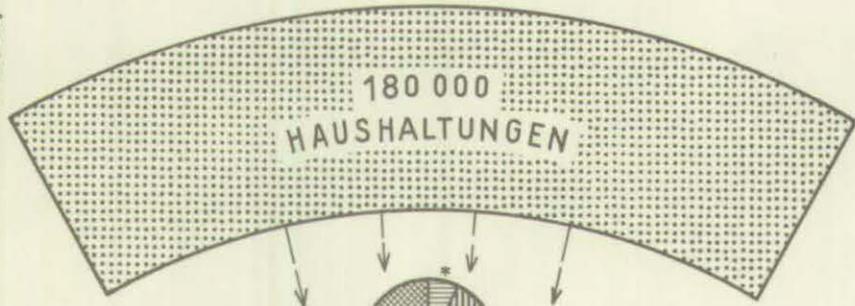
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel

Wer wünscht eine andere Wohnung?

ERGEBNISSE DER WOHNUNGSSTICHPROBE FRÜHJAHR 1957

Mietwohnung oder Eigenheim?



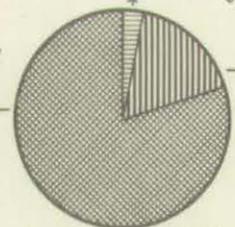
Mietzahlungs-
bereitschaft
in DM/Monat



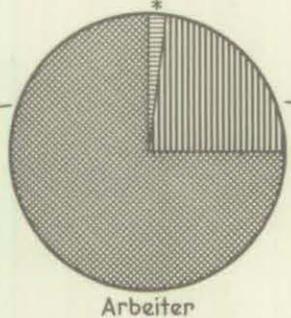
Selbständige



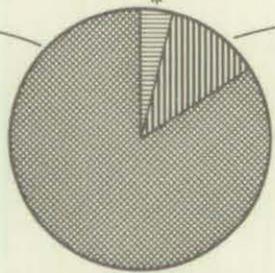
Zahlungsbereitschaft
für Gesamtlasten
in DM/Monat



Beamte / Angestellte



Arbeiter



Rentner, Pensionäre und
andere nicht Erwerbstätige



Siehe auch den Aufsatz
auf Seite 13 dieses Heftes

*) Untermiete u. Anstaltsunterbringung

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Januar 1958



10. Jahrgang · Heft 1

Gesamtüberblick*

Am 1. Januar 1958 gab es in Schleswig-Holstein 99 000 Personenkraftwagen¹. Am gleichen Stichtag des Vorjahres betrug der Bestand an Personenkraftwagen 81 500 Fahrzeuge. Er hat damit in einem Jahr um ein Fünftel zugenommen.

MEHR KRAFTFAHRZEUGE²



Am 1. Januar 1958 waren nach den Bestimmungen der Strassenverkehrs-Zulassungsordnung 233 000 Kraftfahrzeuge in Schleswig-Holstein zugelassen. Innerhalb des vergangenen Jahres erhöhte sich damit der Bestand um 21 200 Fahrzeuge oder 10 % gegenüber einer Zunahme um 8 % im Jahr davor. Der Bestand an Personenkraftwagen (einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen) erhöhte sich besonders stark, nämlich um ein Fünftel auf 99 000 Fahrzeuge. Auch bei den Zugmaschinen lag die Zunahme mit 13 % über dem Durchschnitt. Erstmals hat der Bestand an Krafträdern abgenommen (- 1 %).

Insgesamt waren am 1. 1. 1958 17 % aller Kraftfahrzeuge, hauptsächlich Krafträder, als vorübergehend stillgelegt abgemeldet.

*) Angaben für den Bund jeweils ohne Saarland und Berlin (West)

1) Pkw einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen;
Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt (für den Bestand)

3) vorläufige Ergebnisse

4) Quelle: Wasser- und Schifffahrtsdirektion Kiel



ZUNAHME DER STRASSENVERKEHR SUNFÄLLE³

Im Jahre 1957 wurden insgesamt 26 300 Unfälle von der Polizei registriert, 15 % mehr als im Vorjahr. Die schweren Verkehrsunfälle mit Personenschaden haben jedoch nur um 1,6 % zugenommen. 414 Personen verunglückten dabei tödlich (- 3 %), 12 930 Personen wurden verletzt (+ 2 %). Stark zugenommen hat die Zahl der Unfälle, bei denen nur ein Sachschaden entstand. Von 1955 auf 1956 betrug hier die Zunahme 15 %, von 1956 auf 1957 jedoch 27 %.



ZUNAHME DES VERKEHRS AUF DEM NORD-OSTSEE-KANAL⁴

Rund 66 600 Schiffe mit 33,2 Mio NRT durchfuhren 1957 den Nord-Ostsee-Kanal. 47,3 Mio t Güter wurden befördert, davon knapp ein Drittel von Schiffen unter deutscher Flagge. Gegenüber dem sogenannten "Rekordjahr" 1956 wurden 7 % mehr Schiffe gezählt. Der Schiffsraum (NRT) lag um 5 %, die beförderte Gütermenge um knapp 1 % über dem Ergebnis des Vorjahres.



GRÖßERE UND BESSERE, ABER AUCH TEURERE WOHNUNGEN

Die durchschnittlich veranschlagten Baukosten je Wohnung sind im Wohnungsbau in den letzten drei Jahren um 50 % gestiegen. Während 1954 noch 13 500 DM für eine Wohnung veranschlagt wurden, rechnete man 1957 mit 20 200 DM. Ursachen dieses Anstiegs sind einerseits die von Jahr zu Jahr verbesserte Ausstattung und vergrößerte Wohnfläche, zum anderen aber auch die Preissteigerungen auf dem Baumarkt.



WENIGER ARBEITSLOSE ALS ZUM GLEICHEN ZEITPUNKT DES VORJAHRES

Am 31. Dezember 1957 waren in Schleswig-Holstein 91 100 Personen arbeitslos gegenüber 92 800 zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich somit um rund 2 % verringert.

Am Jahresende 1957 waren in Schleswig-Holstein 12 von 100 Arbeitnehmern⁵ arbeitslos gegenüber 6 im Durchschnitt des Bundesgebietes.

Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich in der Zeit vom 31. Dezember 1956 bis 31. Dezember 1957 um 13 100 = rund 2 % und betrug am Jahresende 1957 699 000.



UMSATZ DER INDUSTRIE IM DEZEMBER 1957 HÖHER ALS IM DEZEMBER 1956

Der Umsatz der Industrie betrug im Dezember 1957 486 Mio DM. Er war um 115 Mio DM grösser als der entsprechende Vorjahreswert.



FROST BEHINDERTE BAUWIRTSCHAFT

Im Bauhauptgewerbe mussten im Dezember mit Einsetzen des Frostes erstmalig in diesem Jahr grössere Entlassungen vorgenommen werden. Fast 21 000 Arbeitskräfte (- 36 %) wurden weniger beschäftigt als im Vormonat und rund 800 (- 2 %) weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres.



HÖHERE BRUTTOWOCHENVERDIENSTE IN INDUSTRIE UND BAUGEWERBE

In Industrie und Baugewerbe leisteten die männlichen Arbeiter im November 1957 durchschnittlich 46,6 Wochenstunden (das sind 2,1 mehr als im August) und die Frauen 43,7 Wochenstunden

⁵) beschäftigte und arbeitslose Arbeiter, Angestellte und Beamte; Quelle: Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein

(+ 1,4). Dabei verdienten die Männer 2,32 DM brutto je Stunde und die Frauen 1,43 DM, so dass sich ein Bruttowochenverdienst von 112 DM bei den Männern und von 64 DM bei den Frauen ergab, der um 2,2 % bzw. 2,9 % höher lag als im August 1957.

WENIG HÖHERE GEHÄLTER DER ANGESTELLTEN

Die Angestellten in Industrie und Baugewerbe verdienten im November 1957

	männlich	weiblich
kaufmännische Angestellte	565 DM	363 DM
technische Angestellte	664 DM	387 DM

Diese Gehälter liegen nur unwesentlich (0,8 - 1,5 %) über den entsprechenden Werten für August. Im Handel dagegen erhöhte sich das Durchschnittsgehalt der männlichen kaufmännischen Angestellten um 4,2 %, es betrug im November 522 DM (weibliche kaufmännische Angestellte 310 DM).



WEITERER PREISANSTIEG IM EINZELHANDEL

Die leichte Aufwärtsbewegung der Einzelhandelspreise setzte sich im Januar 1958 etwas stärker durch als im zweiten Halbjahr 1957. Von den erfassten Einzelhandelspreisen sind 37 % angestiegen, während nur für 5 % Ermässigungen gemeldet wurden.

Merkliche Preiserhöhungen waren hauptsächlich für Nahrungsmittel einschliesslich Gemüse und Obst zu verzeichnen, von denen die Erhöhung der Brot- und Mehlpreise besonders ins Gewicht fällt. Für Bekleidung setzten die Preissteigerungen nach dem Stillstand im Dezember wieder ein und auch beim Hausrat ergaben sich mehr Preiserhöhungen als in den Vormonaten. Nennenswert ist ausserdem die Erhöhung der Preise für Kohlen frei Keller und für Schuhmacherarbeiten.



HÖHERE EINNAHMEN AUS GEMEINDESTEUERN

Die kassenmässigen Einnahmen aus Gemeindesteuern betragen im 3. Rechnungsvierteljahr 1957 (1. 10. - 31. 12. 1957) 57,7 Mio DM. Gegenüber dem gleichen Vierteljahr des Vorjahres lagen sie damit um 5,0 Mio DM bzw. 9 % höher.



WEITERER RÜCKGANG DER UMSIEDLUNG

Im Jahre 1957 sind insgesamt 10 400 Personen aus Schleswig-Holstein in andere Bundesländer umgesiedelt worden. Der Umfang der Umsiedlung hat somit weiterhin abgenommen.

Seit Beginn der Umsiedlung haben nunmehr insgesamt 387 000 Umsiedler Schleswig-Holstein verlassen.

Vorausberechnungen wirtschaftlich relevanter Größen

Teil I: Westeuropa und die Bundesrepublik

Nachdem das Statistische Landesamt in den vergangenen Jahren bereits einige Vorausberechnungen über die Entwicklung der Bevölkerung, insbesondere der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter, der Schüler und des Lehrbedarfs durchgeführt hat, wird hier zur Zeit geprüft, welche Entwicklungsmöglichkeiten für Schleswig-Holstein sich aus den Vorausberechnungen abzeichnen, die von anderen Stellen für Westeuropa bzw. die Bundesrepublik aufgestellt worden sind. Der Abschluss dieser Arbeit wird noch geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Der vorliegende erste Teil dieser Arbeit soll in den Problembereich der Vorausberechnungen einführen. Er ist gleichzeitig ein zusammenfassender Bericht über die für Westeuropa bzw. die Bundesrepublik veröffentlichten Vorausberechnungen.

I. Sinn und Grenzen der Vorausberechnungen

Je größere Fortschritte die Wirtschaftstheorie macht, desto genauer und richtiger werden in der Nationalökonomie Voraussagen bedingt-theoretischer Natur. Konkrete, wirklichkeitsnahe Wirtschaftsvoraussagen - und nur davon handelt dieser Aufsatz - bleiben dagegen stets mit Unsicherheitsfaktoren behaftet.

Bereits nach dem ersten Weltkrieg bemühte man sich, Wirtschaftsvorausberechnungen zu machen. Praktische Bedeutung hatten damals die Konjunkturprognosen des Instituts für Konjunkturforschung in Berlin und des Forschungsinstituts in Harvard. Das bekannte Harvard-Barometer arbeitete mit drei Kurven, die aus 13 statistischen Reihen gewonnen waren. Vom Verlauf dieser Kurven und ihrem Verhalten zueinander schloß man auf die weitere Entwicklung der Wirtschaft. Als diese Kurven durch ihren Verlauf keineswegs die große Weltwirtschaftskrise im voraus anzeigten, hatte das Harvard-Barometer seine Bedeutung verloren.

Man verlor damals das Vertrauen zu Wirtschaftsprognosen, weil man falsche Erwartungen in sie setzte und Vorausberechnungen als Prophezeiungen ansah. Die Zukunft läßt sich aber nicht vorherbestimmen und schon gar nicht in exakte Zahlenaussagen fassen. Vorausberechnungen können lediglich Anhaltspunkte geben über die mögliche zukünftige Entwicklung einzelner Größen des Wirtschaftslebens. Trotz dieser Einengung in ihrer Aussage haben Vorausberechnungen ihren Wert als Materialunterlagen für geplante Vorhaben. Es läßt sich leichter planen, wenn man eine Vorstellung darüber gewinnt, wie sich die in Frage stehenden Faktoren unter vernünftigen Annahmen ent-

wickeln können, als wenn diese Vorstellung nicht gegeben ist.

Eine Schwäche des Harvard-Barometers lag darin, daß man sich damit begnügte, alle Aussagen von den Beobachtungen, die man für die Jahre 1903 bis 1913 gemacht hatte, herzuleiten. Man glaubte damals an eine strenggesetzmäßig bedingte Wiederkehr der Wirtschaftsvorgänge und übersah dabei, daß Wirtschaftsvorgänge weitgehend durch menschliches Handeln bestimmt werden und daß sie eng mit ihrer Zeit verbunden sind. Bei Vorausberechnungen unserer Tage genügt es daher nicht, als Berechnungsbasis den Zeitraum 1950 bis 1957 zugrunde zu legen. Er ist verhältnismäßig kurz und als Wiederaufbauperiode mit Besonderheiten behaftet. Um keine falschen und einseitigen Schlüsse zu ziehen, müssen daher Vorkriegs- und ausländische Statistiken zum Vergleich herangezogen werden. Je länger die Basisperiode ist und je differenzierter das dafür verfügbare statistische Material vorliegt, desto exakter kann die Vorausberechnung gemacht werden.

Die Weiterentwicklung jeder Wirtschaftsgröße hängt im allgemeinen von vielen Faktoren ab. Die wichtigsten Faktoren müssen für eine Vorausberechnung genau untersucht und ihr Einfluß auf die vorauszuschätzenden Größen sorgfältig bestimmt werden. Dabei darf man sich nicht darauf beschränken, die zahlenmäßige Entwicklung der Wirtschaftsvorgänge von der bekannten Gegenwart aus mechanisch und nur nach mathematischen Gesichtspunkten in die unbekannt Zukunft zu extrapolieren.

Bei jeder Prognose wird es nötig sein, einige Faktoren als Datum hinzunehmen. In fast allen Vorausberechnungen, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden, war vorausgesetzt, daß die Wirtschaftsentwicklung nicht durch entscheidende politische Ereignisse gestört wird und daß die gegenwärtig hohe Beschäftigungslage gehalten werden kann. Die meisten Vorausberechnungen gingen außerdem von einem unveränderten Preisniveau als Grundlage aus.

Ob eine kurzfristige oder eine längerfristige Vorausberechnung durchgeführt werden soll, hängt im wesentlichen von der Beschaffenheit der zu berechnenden Größen ab. Wenn sich die Größen im Zeitablauf nur langsam verändern, kann u. U. für mehrere Jahrzehnte vorausberechnet werden, ohne das allzu gewagte Annahmen zu machen sind. Bei stark veränderlichen Größen ist auf jeden Fall ein kurzer Zeitraum gemäßer. Der Europäische Wirt-

¹) In Vorausberechnung 5 wurde der Bedarf und Nachwuchs an Volks- und Mittelschullehrern in Schleswig-Holstein untersucht (siehe Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Juli 1957, Heft 7, Seite 203 ff.)

schaftsrat (OEEC) hat in seinem Bericht "Europe in 1960"² z. B. einen Berechnungszeitraum von fünf Jahren gewählt. Er begründet seine Wahl u. a. damit, daß innerhalb von fünf Jahren keine umwälzenden technischen Veränderungen eintreten werden.

II. Ergebnisse von in- und ausländischen Untersuchungen

In der Nachkriegszeit wurden bereits viele Vorausberechnungen veröffentlicht. Auf die Ergebnisse von einigen dieser Berechnungen soll in den folgenden Abschnitten hingewiesen werden. Dabei fehlen insbesondere die Ergebnisse von Vorausberechnungen, die als Gutachten erstellt wurden und nicht allgemein zugänglich sind.

1. Vorausberechnungen der Bevölkerung und des Arbeitskräftepotentials

Zu den Faktoren, welche die künftige Wirtschaftsentwicklung maßgebend beeinflussen, gehört die Bevölkerungsbewegung. Die Bevölkerung läßt sich für die kommenden Jahrzehnte verhältnismäßig leicht vorausschätzen, weil die Sterblichkeit einem ziemlich konstanten langfristigen Trend folgt und auch die Geburtenhäufigkeit annähernd zu bestimmen ist. Größere Schwierigkeiten bereitet im allgemeinen nur die Berechnung der Wanderungsbewegung.

Ein amerikanischer Nationalökonom und Soziologe³ behauptet in einer Artikelserie, daß die wichtigsten die Zukunft bestimmenden Ereignisse bereits unwiderruflich hinter uns liegen.

Er denkt dabei daran, daß die Menschen, die in den nächsten zwei Jahrzehnten das heiratsfähige Alter erreichen oder sich in die Reihe der Arbeitenden eingliedern werden, schon heute geboren sind.

Der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC) hatte 1953 seine Mitgliedsländer gebeten, Vorausberechnungen ihrer Bevölkerung auf der Basis des Jahres 1951 für die Jahre 1961 und 1971 vorzunehmen⁴. Etwa zur gleichen Zeit führte das Statistische Bundesamt eine Bevölkerungsvorausberechnung für die Bundesrepublik Deutschland durch⁵. Da der Zustrom an Flüchtlingen aus Mitteldeutschland in den letzten Jahren ein Ausmaß hatte, mit dem niemand rechnen konnte, wurden 1954/55 erneut Schätzungen über die mutmaßliche Bevölkerungszahl der Bundesrepublik Deutschland angestellt⁶.

Die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnungen, die nur Anhaltspunkte über die voraussichtlichen Entwicklungstendenzen geben können, zeigen, daß die Gesamtbevölkerung in den europäischen Staaten (einschließlich der Bundesrepublik) während der kommenden Jahre zunehmen wird (s. Tab. 1 und 2). Dabei wird allerdings in den meisten Ländern die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter langsamer anwachsen als die Gesamtbevölkerung. Das bedeutet aber, daß in vielen Ländern - zumal, wenn sie bereits gegenwärtig einen ungünstigen Altersaufbau haben - nicht Arbeitslosigkeit, sondern ein Mangel an Arbeitskräften bestehen wird. Drucker hat diese Tatsache, die auch für die USA zutreffen wird, in das Paradoxon gekleidet: Es wird mehr Menschen geben und deshalb auch mehr Arbeit, aber es wird nicht

Tab. 1 Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung¹ in einigen europäischen Ländern 1951 bis 1971 (ohne Deutschland)

Land	Gesamtbevölkerung	Bevölkerung im Erwerbsalter ²	Gesamtbevölkerung	Bevölkerung im Erwerbsalter ²	Gesamtbevölkerung	Bevölkerung im Erwerbsalter ²
	Veränderung					
	1961 geg. 1951		1971 geg. 1961		1971 geg. 1951	
	Zu (+) oder Abnahme (-) in %					
Österreich	+ 1,0	+ 1,1	- 0,3	- 3,1	+ 0,7	- 2,0
Belgien	+ 3,9	- 1,6	+ 1,4	- 0,2	+ 5,4	- 1,8
Dänemark	+ 7,7	+ 7,1	+ 8,0	+ 6,3	+ 15,2	+ 13,8
Spanien	+ 6,4	+ 7,0	+ 3,7	+ 5,2	+ 10,3	+ 12,6
Frankreich	+ 5,7	- 0,2	+ 3,4	+ 6,1	+ 9,3	+ 5,9
Irland	+ 9,8	+ 12,2	+ 12,6	+ 14,0	+ 23,6	+ 27,9
Italien	+ 7,8	+ 9,0	+ 6,6	+ 6,6	+ 14,9	+ 16,2
Norwegen	+ 9,1	+ 4,3	+ 6,1	+ 6,0	+ 15,9	+ 10,5
Niederlande	+ 14,0	+ 11,4	+ 11,0	+ 15,2	+ 26,6	+ 28,3
Portugal	+ 12,6	+ 13,3	+ 12,8	+ 11,9	+ 27,0	+ 26,8
Großbritannien	+ 3,6	+ 0,7	+ 2,1	+ 1,9	+ 5,7	+ 2,6
Schweden	+ 3,6	+ 2,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 4,5	+ 3,8
Schweiz	+ 5,7	+ 3,0	+ 3,6	+ 3,5	+ 9,5	+ 6,6

1) ohne Berücksichtigung der Wanderungsbewegung 2) Männer von 15 bis unter 65 Jahren; Frauen von 15 bis unter 60 Jahren

Quelle: Auszug aus zwei Tabellen von Th. Galland, "Deutschlands Altersaufbau in den kommenden Jahrzehnten im Vergleich zu anderen Ländern Europas". In: Bundesarbeitsblatt Jahrgang 1956, Nr. 10, Seite 314 (nach den Ergebnissen der Research Group for European Migration Problems)

2) "Europe To-Day and in 1960", Volume II "Europe in 1960" Published by the OEEC, Paris 1957

3) P. F. Drucker, "America's Next Twenty Years". In: Harper's Magazine, 1955

4) R. Pressat, (Research Group for European Migration Problems), Previsions de population en Europe occidentale jusqu'en 1971

5) "Die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1982", Statistik der Bundesrepublik Deutschland Bd. 119, Wiesbaden 1955

6) "Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahren (1954/1964)". In: Die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1955, Bundesministerium für Arbeit

Tab. 2 Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1954/1964

Altersgruppen	Männer	Frauen
	Veränderung 1964 gegenüber 1954	
	Zu- (+) oder Abnahme (-) in %	
unter 14 Jahre	+ 7,1	+ 6,2
14 bis " 18 "	- 21,6	- 22,4
18 " " 20 "	- 32,4	- 31,7
20 " " 25 "	+ 9,8	+ 11,0
25 " " 45 "	+ 20,4	+ 3,1
45 " " 50 "	- 44,5	- 36,7
50 " " 60 "	+ 3,2	+ 13,0
60 " " 65 "	+ 49,5	+ 26,4
65 und mehr Jahre	+ 18,6	+ 29,9
insgesamt	+ 5,5	+ 3,6

Quelle: Vorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (neuere Berechnung)

mehr Menschen geben, die diese Arbeitsplätze einnehmen⁷.

In einem neuen Bericht des Europäischen Wirtschaftsrates⁸ wurde versucht, einen Überblick zu geben, wie sich die Zahl der Erwerbspersonen (Labour Force⁹) im Zeitraum 1950 bis 1955 prozentual verändert hat und wie sie sich zwischen 1955 und 1960 voraussichtlich entwickeln wird. Nach dieser Zusammenstellung hat die Zahl der Erwerbspersonen in den Mitgliedsländern der OEEC zwischen 1950 und 1955 stärker zugenommen als die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Das ist damit zu erklären, daß insbesondere in Deutschland und in Großbritannien die Erwerbsquoten (activity rates) für die Frauen gestiegen sind. Mehr Frauen als bisher waren bereit, berufstätig zu sein. Für die kommenden Jahre rechnet man, daß der Anteil der Frauen, die Arbeit suchen und vorher noch nicht zu den Erwerbspersonen zählten, gering sein wird. Dabei ist nur an die bisher ungenutzten Reserven bei den Frauen gedacht und nicht an die nachrückenden Schulentlassenen.

Zwischen 1950 und 1955 betrug die Zunahme der Erwerbspersonen (Labour Force) in der Gesamtheit der in Tab. 3 aufgeführten Mitgliedsstaaten der OEEC - nur infolge steigender Erwerbsquoten (activity rates) - über 2,5%. Für den Zeitabschnitt 1955 bis 1960 wird dagegen erwartet, daß die Zahl der Erwerbspersonen aus nicht-demographischen Gründen nur um weniger als 1% zunehmen wird. Das darüber hinaus zu erwartende Ansteigen der Zahl der Erwerbspersonen beruht auf demographischen Gründen.

Besonders beachtet werden muß die Entwicklung des Bevölkerungsteils, der dem Alter nach in den kommenden Jahren für eine Berufsausbildung in Frage kommt. Nach den Berechnungen der OEEC wird die Zahl der 15- bis 19jährigen in Deutschland 1961 um über 20% niedriger sein als 1956. Das bedeutet, daß die Bundesrepublik

7) P. F. Drucker, a. a. O.

8) "Europe in 1960", a. a. O.

9) Die Begriffe Erwerbspersonen und Labour Force sind nicht ganz identisch

Tab. 3 Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter¹ und die Erwerbspersonen (Labour Force)² 1950/55 und 1955/60

Land	Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ¹	"Labour Force"	Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ¹	"Labour Force"
	Veränderung			
	1955 geg. 1950		1960 geg. 1955	
	Zu- (+) oder Abnahme (-) in %			
Frankreich	+ 1,3	+ 2,8	+ 0,2	+ 1,3
Bundesrepublik Deutschland	+ 6,1	+ 13,2	+ 3,7	+ 4,2
Italien	+ 4,6	+ 4,1	+ 2,6	+ 2,7
Grossbritannien	+ 0,2	+ 3,9	+ 0,9	+ 1,7
Griechenland	+ 8,1	+ 8,2	+ 6,7	+ 6,7
Portugal	+ 4,0	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,3
Türkei	+ 11,8	+ 11,8	+ 10,0	+ 10,0
Österreich	+ 0,2	+ 3,9	+ 1,2	+ 1,7
Belgien und Luxemburg	+ 0,6	+ 1,1	- 0,4	- 2,7
Dänemark	+ 3,2	+ 1,9	+ 4,7	+ 4,8
Irland	- 4,2	- 2,3	- 0,3	- 0,8
Niederlande	+ 3,7	+ 6,6	+ 6,2	+ 5,9
Norwegen	+ 1,8	+ 3,0	+ 2,8	+ 3,3
Schweden	+ 1,9	+ 1,5	+ 4,2	+ 3,6
Schweiz	+ 6,1	+ 4,6	+ 1,8	+ 2,0
Insgesamt ³	+ 3,6	+ 6,2	+ 2,8	+ 3,4

1) Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren 2) mit Berücksichtigung der Wanderungsbewegung 3) einschl. Saargebiet und Island
Quelle: OEEC - Europe in 1960 p. 18

noch größere Sorgen um eine ausreichende Zahl an Nachwuchskräften für das Berufsleben haben wird als die meisten der anderen OEEC-Länder. Aus dieser Besorgnis heraus wurden in den letzten Jahren eine Reihe von Untersuchungen durchgeführt, die sich mit der Nachwuchslage und dem zukünftigen Nachwuchsbedarf in einzelnen Wirtschaftsbereichen und Berufszweigen befassen. Es handelt sich dabei allerdings z. T. um unveröffentlichte Gutachten¹⁰.

Eine eingehende Untersuchung über das Problem des wissenschaftlichen und technischen Nach-

Tab. 4 Die Bevölkerung im Alter von 5 bis 19 Jahren

Land	Bevölkerung im Alter von		
	5 bis 9 Jahren	10 bis 14 Jahren	15 bis 19 Jahren
	Veränderung 1961 gegenüber 1956		
Zu- (+) oder Abnahme (-) in %			
Österreich	- 10,2	- 2,7	+ 0,6
Belgien	- 2,4	+ 26,4	- 2,9
Dänemark	- 9,2	+ 3,8	+ 25,3
Frankreich	- 4,2	+ 47,9	- 1,3
Bundesrepublik Deutschland	+ 0,5	- 1,4	- 21,1
Irland	+ 2,2	+ 10,4	+ 7,5
Niederlande	- 8,0	+ 29,1	+ 12,7
Norwegen	- 2,4	+ 18,2	+ 25,4
Schweden	- 12,8	+ 2,6	+ 30,5
Schweiz	- 5,8	+ 6,5	+ 28,3
Grossbritannien	- 11,4	+ 18,3	+ 8,9
Türkei	+ 21,2	+ 27,5	+ 9,1
Griechenland	- 16,6	+ 13,8	- 19,9
Italien	- 8,8	+ 17,0	- 12,0
Portugal	+ 1,8	+ 4,9	- 7,8
Insgesamt	- 2,9	+ 18,3	- 3,2

Quelle: OEEC - Europe in 1960, p. 37

10) Nicht eingegangen wird hier auf Schülervorausberechnungen, die wertvolle Hinweise über die Zahl und die Qualifikation des zu erwartenden Nachwuchses liefern können. Diese Probleme sollen in einem besonderen Aufsatz erörtert werden

wuchses¹¹ wurde von der OEEC geliefert. Diese Studie gibt im wesentlichen den Stand vom Herbst 1956 wieder, bringt darüber hinaus aber auch Vorschätzungen über den zu erwartenden Nachwuchs in den kommenden Jahren. Sie untersucht die Verhältnisse in Westeuropa, USA und Kanada und beschäftigt sich mit der Lage der akademischen Berufe der Land- und Forstwirtschaft, der Veterinärmedizin, der Mathematik und Naturwissenschaften und der Ingenieurwissenschaften. Die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen, daß die Ausbildung des Nachwuchses - in quantitativer und qualitativer Hinsicht - in kaum einem der befragten Länder mit der schnellen wirtschaftlichen und technischen Entwicklung Schritt halten kann. Daß daneben aber bedeutende Unterschiede in den Verhältnissen der einzelnen Länder bestehen, zeigt Tabelle 5.

Tab. 5
Zahl der Ingenieure mit Hochschulausbildung
in ausgewählten Ländern

Land	Er-fassungs-jahr	Anzahl in 1 000	Anteil an der Erwerbs-personenzahl (Labour Force) in %
Bundesrepublik Deutschland	1956	80	0,31
Dänemark	1956	7	0,33
Frankreich	1954	140	0,73
Italien	1951	54	0,28
Schweden	1950	10	0,31
Grossbritannien	1955	81	0,34
Kanada	1955	40	0,70
USA	1956	700	1,00

Quelle: OEEC - The Problem of Scientific and Technical Manpower, p. 13

Nach dieser Aufstellung beträgt z. B. der Anteil der Ingenieure mit Hochschulausbildung an der Erwerbspersonenzahl in der Bundesrepublik 0,31% (1956), in Frankreich 0,73% (1954) und in USA 1,00% (1956). Beim Vergleich dieser Zahlen drängt sich allerdings die Frage auf, ob tatsächlich für alle Länder Berufsbegriffe gleicher Qualifikation zugrunde lagen.

2. Vorausberechnungen des Volkseinkommens

Bei der Vorausberechnung der verschiedensten Wirtschaftsgrößen (z. B. Energiebedarf, Kraftfahrzeugbestand) ist es erforderlich, deren zukünftige Entwicklung an der Weiterentwicklung der Gesamtwirtschaft zu orientieren. Dabei ist es naheliegend, als Bezugsgröße das Volkseinkommen zu wählen und zu ermitteln, welche Relation z. B. zwischen der Entwicklung des Bruttosozialprodukts und der zu untersuchenden Größe besteht. Erste Versuche einer längerfristigen Vorausschätzung des Volkseinkommens wurden bereits unternommen.

In einem Aufsatz über die "Möglichkeiten der wirtschaftlichen Expansion in der Bundes-

republik¹² hat sich W. G. Hoffmann Gedanken über die mögliche Entwicklung des Bruttosozialprodukts (BSP)¹³ zwischen 1955 und 1965 gemacht. An Hand eines übervereinfachten Modells - wie Hoffmann es nennt - und auf Grund der von ihm eingeführten Annahmen gelangt er zu einem BSP in Höhe von 200 Mrd DM für 1960 und von 242 Mrd DM für 1965. Er war von einem BSP von 164 Mrd DM im Jahre 1955 ausgegangen. Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate würde nach diesen Berechnungen etwa 4% betragen. Hoffmann beweist in seinen weiteren Ausführungen, daß eine Zuwachsrate von jährlich 4% für die Zeit bis 1965 als hoch anzusehen ist.

Hanau und Krohn¹⁴, die ihre Vorausberechnung des Volkseinkommens zur Bestimmung des zukünftigen Bedarfs an Nahrungsmitteln gebrauchen, halten für die Zunahme des gesamten realen Volkseinkommens¹⁵ zwischen 1954/55 und 1964/65 eine Rate von jährlich 3,6% für wahrscheinlich. Sie nehmen dabei an, daß die tatsächliche jährliche Zuwachsrate des Realeinkommens infolge höherer Produktivität 3% beträgt und daß eine weitere Zunahme um 0,6% p. a. auf eine geringfügige Erhöhung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zurückzuführen ist.

In einer kurzfristigeren Berechnung bis 1960 geht Grünig¹⁶ von einer Steigerung des nominalen Nettosozialprodukts binnen fünf Jahren um 32,5% aus. Davon sollen 3% auf Preissteigerungen entfallen. Für die in Frage stehenden Jahre rechnet der Verfasser mit folgenden Werten:

Jahr	Nominales Netto-sozialprodukt zu Marktpreisen in Mrd DM ¹	Zuwachs-rate gegenüber dem Vorjahr in %	darunter entfallen auf Preis-erhöhungen in %
1955	150,2	11,9	-
1956	162,2	8	2
1957	172,0	6	1
1958	180,6	5	0
1959	189,6	5	0
1960	199,0	5	0

1) Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ./.. Abschreibungen (auf der Grundlage der jeweiligen Preise)

12) In "Wirtschaftsfragen der freien Welt". Herausgegeben von E. v. Beckerath, F. W. Meyer und A. Müller-Armack zum 60. Geburtstag von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard am 4. Februar 1957, S. 351 ff

13) Gemeint ist das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen (alle Werte in Preisen von 1955). Es umfasst den Gesamtwert aller in dem zugrundeliegenden Zeitraum erzeugten Produkte, die in die letzte Verwendung, das heisst in den Verbrauch, die Investition und in den Aussenbeitrag gehen. (Definition nach Schmedtje, Sozialprodukt und Volkseinkommen. In: Wirtschaft und Statistik 1952, Heft 12.)

14) A. Hanau und H.-B. Krohn, Die langfristigen Absatzaussichten der westdeutschen Landwirtschaft bis 1965. In: Agrarwirtschaft, Jg. 5 (1956), Hefte 9 und 10

15) Die Verfasser legen für ihre Berechnungen die Preisverhältnisse von 1954/55 zugrunde. Sie geben nicht genau an, welchen Einkommensbegriff sie verwenden. An einer Stelle der Veröffentlichung sprechen sie von "Masseneinkommen"

16) F. Grünig, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschl. Geldvermögensrechnung für die Bundesrepublik. In: Vierteljahreshefte für Wirtschaftsforschung, Jg. 1956, Heft 1

11) The Problem of Scientific and Technical Manpower in Western Europe, Canada and the United States. Published by the OEEC. Paris 1957

Tab. 6 Die wahrscheinlichen jährlichen Zuwachsraten des wirtschaftlichen Wachstums im Bundesgebiet 1954/55 bis 1964/65

Bereich	Jährliche Zunahme in %
Bevölkerung	0,6
Realeinkommen	3,0
Wirtschaftliches Wachstum	3,6

Quelle: Auszug aus einer Tabelle von A. Hanau u. H. B. Krohn "Die langfristigen Absatzaussichten der westdeutschen Landwirtschaft bis 1965"

In dem bereits genannten Aufsatz von Hoffmann wurde ferner untersucht, welche sektorale Strukturveränderung zu erwarten ist, wenn eine Expansionsrate von 4% p. a. für das reale BSP

angenommen wird. Unter den eingeführten Bedingungen wurde errechnet, daß der Anteil der industriellen Produktion am BSP von 43,6% im Jahre 1955 auf etwa 47% im Jahre 1965 steigen wird. Das entspricht einer Zunahme dieses Anteils um etwa 0,35% p. a. (Anteilssteigerung 1950/55 0,8%). Die Wertschöpfung des öffentlichen Sektors wurde - im Hinblick auf eine mögliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben - alternativ behandelt. Es wurde sowohl mit einer Wachstumsrate von 1,8% als auch mit 3% gerechnet. Hoffmann betont ausdrücklich, daß die durchgeführte Berechnung nach Sektoren nur eine mögliche Strukturveränderung deutlich macht.

Mögliche Wertschöpfung einzelner Sektoren in den Jahren 1960 und 1965 bei Steigerung des Bruttosozialprodukts um 4 % p. a. (in Preisen von 1955)

Sektor	Wachstumsrate % p. a.	1955		1960		1965	
		Mrd DM	%	Mrd DM	%	Mrd DM	%
Land- und Forstwirtschaft	1,7	13,2	8,1	14,4	7,2	15,7	6,5
Industrie einschl. Baugewerbe und Handwerk	4,7	71,6	43,6	89,8	44,9	114,0	47,0
Handel, Gaststättengewerbe	4,5	13,5	8,3	16,8	8,4	20,9	8,6
Banken, Privatversicherungen	3,6	1,8	1,1	2,1	1,1	2,5	1,1
Verkehr	3,4	10,0	6,1	11,9	5,9	14,0	5,8
Öffentliche Verwaltung (einschl. Sozialvers. und Verteidigung) oder	1,8	12,6	7,7	13,7	7,0	15,0	6,2
Öffentliche Verwaltung (einschl. Sozialvers. und Verteidigung)	3,0	-	-	(14,5)	(7,3)	(16,9)	(7,0)
Bruttosozialprodukt	4,0	164,0	100	200,0	100	242,0	100

Quelle: W. G. Hoffmann, Möglichkeiten der wirtschaftlichen Expansion in der Bundesrepublik. In: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Seite 364

3. Vorausberechnungen des Bedarfs und der Produktion von Primärenergie

Eine besondere Bedeutung - vor allem im Rahmen der OEEC und der Montanunion - wird den Energieprognosen beigemessen. Anfang Oktober 1957 erhielt z. B. die Hohe Behörde vom Ministerrat der Montanunion den Auftrag, zurückschauende Bilanzen über die Energiestruktur und Vorausschätzungen auf mittlere und lange Sicht über Aufkommen und Bedarf an Energie auszuarbeiten.

Für die Bundesrepublik wurde von Sachverständigen des Bundeswirtschaftsministeriums und der Energiewirtschaft der Bedarf bis zum Jahre 1965 geschätzt. Nach dieser Vorausberechnung¹⁷ wird für das Jahr 1965 mit einem Bedarf an Primärenergie (Steinkohle, Rohbraunkohle, Erdöl, Wasserkraft, Brennholz, Pechkohle, Torf und Erdgas) in Höhe von 245 Mio t SKE (Steinkohleneinheiten) gerechnet. Im Kohlewirtschaftsjahr 1954/55 betrug der gedeckte Bedarf des Bundesgebietes an Primärenergie rd. 188 Mio t SKE. In den nächsten zehn Jahren wird also mit einer Zunahme des Bedarfs an Primärenergie um rd. 30% gerechnet. Das be-

deutet eine Bedarfssteigerung um etwa 2,5% im Jahresdurchschnitt. Bei einer mittleren jährlichen Quote von nur 2% würde 1965 ein Minimum des Energiebedarfs von 235 Mio t SKE und bei einer Zuwachsrate von 3% jährlich würden 1965 259 Mio t SKE (Maximum) erforderlich sein.

Die Energiefachleute haben sich auch Gedanken gemacht, wie der erforderliche Mehrbedarf an Energie gedeckt werden kann. Sie halten es für möglich, daß die Förderung von Steinkohle von 130 Mio t SKE im Wirtschaftsjahr 1954/55 auf 150 Mio t SKE 1965 und die von Rohbraunkohle von 25,8 Mio t SKE 1954/55 auf 35 Mio t SKE 1965 gesteigert werden kann. Damit würde die Kohle auch in den nächsten zehn Jahren Hauptenergiequelle für den deutschen Bedarf bleiben. Für Erdöl wird im gleichen Zeitraum eine Produktionsausweitung von 4 auf 7,9 Mio t SKE und für Erdgas von 0,2 auf 1 Mio t SKE erwartet. Die Wasserkraftreserven werden in dieser Energiebilanz mit 1,8 Mio t SKE 1954/55 und mit 2,9 Mio t SKE 1965 angesetzt. Der Atomenergie wird bis 1965 noch keine große Bedeutung für die Deckung des Energiebedarfs beigemessen. Sicher scheint jedoch zu sein, daß die Abhängigkeit der Bundesrepublik von ausländischen Energiequellen im Laufe des kommenden Jahrzehnts zunehmen wird.

17) Die Ergebnisse wurden in einem Aufsatz von S. Balke, "Atomkraft und Energiewirtschaft", veröffentlicht (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 9. Januar 1957)

Neben der Energieprognose der Bundesregierung wurde eine ausführliche Energievorschätzung von der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Esso AG¹⁸ in Hamburg durchgeführt. Dabei wurde versucht, den künftigen Energiebedarf Westdeutschlands an der voraussichtlichen Entwicklung der Industrieproduktion zu orientieren. In der Esso-Studie wurde angenommen, daß die Industrie 1960 rd. 45% mehr produzieren wird als 1955, wobei der Energiebedarf - hergeleitet aus einer Beziehungsformel zwischen Industrieproduktion und Energiebedarf - um 15% zunehmen wird. Bis 1965 wird nach diesen Berechnungen der Energiebedarf um 27% (die effektive Zunahme von 1950 bis 1955 betrug 38%) höher liegen als 1955.

4. Vorausberechnungen des Stromverbrauchs

In den USA gehört es zu den Gepflogenheiten der führenden amerikanischen Zeitschrift der Elektrowirtschaft "Electrical World", daß sie in jedem Jahr eine Vorausberechnung für den Stromabsatz ("Annual Electrical Industry Forecast") veröffentlicht. Im September-Heft 1955 brachte sie z. B. eingehende Berechnungen für 1955 bis 1970. Als Grundlage dieser Berechnungen diente die Vorausschätzung des Brutto-Produktums.

In einer sehr fundierten Stromprognose¹⁹ für Westdeutschland wurde dagegen festgestellt, daß die Wachstumsrelation zwischen Brutto-Produkt und Stromverbrauch keine ausreichende Gleichläufigkeit aufweist. Als die beiden entscheidenden Faktoren, die das Wachstum des Stromverbrauchs bestimmen, werden die Elektrifizierung und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung angesehen. Die Wirt-

schaftsentwicklung wird hierbei nicht am BSP, sondern an der Industrieproduktion gemessen, da die Industrie etwa drei Viertel (1955) des gesamten Nettostroms verbraucht.

Wie Tabelle 8 zeigt, wird damit gerechnet, daß sich der Brutto-Stromverbrauch 1965 gegenüber 1955 mehr als verdoppelt. Die Entwicklung des zukünftigen Verbrauchs an Industriestrom entspricht in etwa dieser Veränderung. Besonders stark zunehmen wird der private Stromverbrauch, weil die Haushaltungen immer mehr elektrische Haushaltsgeräte benutzen. Der Anteil des Haushaltsstromverbrauchs am gesamten Netto-Stromverbrauch wird für 1965 auf 12,8% (Minimum) bzw. auf 13,5% (Maximum) geschätzt. 1955 betrug dieser Anteil nur 8,6%. Auch in dem Aufsatz von Freiburger²⁰ wird mit einem ähnlich hohen Anstieg des Stromverbrauchs in Haushaltungen gerechnet.

5. Vorausberechnungen des Bestandes an Kraftfahrzeugen

Für Westdeutschland rechnet man für die kommenden Jahre mit einer weiteren Zunahme der Zahl der Kraftfahrzeuge. In einem Aufsatz über die "Straßenbaumaßnahmen 1957 in Schleswig-Holstein"²¹ wurde erwähnt, daß Deutschland auf dem Gebiet des Kraftfahrwesens einen großen Nachholbedarf hat und daß erst ab 1970 - gemessen an dem Stand der Entwicklung anderer westeuropäischer Länder - mit einer gewissen Sättigung in der Motorisierung der Bundesrepublik zu rechnen sei.

Am 1. Juli 1956 gab es in der Bundesrepublik rd. 5 Mio Kraftfahrzeuge, die im Verkehr waren (ohne die vorübergehend abgemeldeten Fahr-

Tab. 8 Prognose des Stromverbrauchs für die Bundesrepublik Deutschland (Verbrauchsbilanz für 1950, 1955 und 1965)

Sektor	Stromverbrauch									
	1950		1955		1965					
	TWh ¹	%	TWh ¹	%	mindestens		höchstens		mindestens	höchstens
					TWh ¹	%	TWh ¹	%		
Industrie	29,03	74,7	51,49	75,0	98,0	70,2	111,0	70,1	191	216
Haushalte	3,07	7,8	5,91	8,6	17,9	12,8	21,4	13,5	302	362
Handel und Kleingewerbe	2,47	6,4	4,56	6,7	9,2	6,6	10,5	6,6	202	230
Verkehr	1,65	4,2	2,56	3,7	6,2	4,4	6,2	3,9	241	241
Landwirtschaft	0,74	1,9	1,27	1,8	3,0	2,2	3,7	2,3	236	292
Öffentliche Einrichtungen	1,30	3,3	1,86	2,7	3,3	2,4	3,6	2,3	177	194
Militär	0,65	1,7	1,05	1,5	2,0	1,4	2,0	1,3	191	191
Netto-Stromverbrauch	38,91	100	68,70	100	139,6	100	158,4	100	203	231
Kraft- und Pumpspeicherwerke	2,01	.	3,66	.	7,9	.	8,9	.	216	243
Verluste und Nichterfasstes	4,42	.	5,42	.	9,5	.	10,7	.	175	197
Brutto-Stromverbrauch	45,34	.	77,78	.	157,0	.	178,0	.	202	229

1) TWh = Terrawattstunde = 1 000 Mio Kilowattstunden (kWh)

Anmerkungen: Für die absoluten Zahlen (1950, 1955) Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland; Elektrizitätswirtschaft, 55. Jahrgang, Heft 13, Seite 450

Quelle: Auszug aus einer Tabelle der Untersuchung des Zentralverbandes der elektrotechnischen Industrie e.V., Seite 46

18) H. Köhn, "Der westdeutsche Energiebedarf bis 1965 und seine Deckung". In: Wirtschaftsdienst, 1955, Heft 12

19) "Die voraussichtliche Entwicklung der Stromerzeugung in der Bundesrepublik 1956 - 1965", herausgegeben vom Zentralverband der elektrotechnischen Industrie e. V., Berlin 1957

20) H. Freiburger, "Vorausschau der deutschen Elektrizitätsversorgung". In: Die Atomwirtschaft, April 1956

21) Kloss, "Strassenbaumaßnahmen 1957 in Schleswig-Holstein". In: Informationsdienst der Landesregierung Schleswig-Holstein, Nr. 17, September 1957

Tab. 9

Die Zahl der im Verkehr befindlichen Kraftfahrzeuge

Jahresmitte	Kraftfahrzeuge insgesamt		davon					
	Anzahl in 1 000	Zunahme gegenüber 1956 in %	Pkw	Kraft- omni- busse	Kraft- räder	Lkw	Zug- maschinen	Sonder- fahr- zeuge
1956	5 037	.	1 900	25	2 041	500	537	34
1960	7 639	+ 52	4 000	34	2 200	585 ^a	820	.
1967 angenommener unterer Grenzwert	8 970	+ 78	5 500	46	1 815	659 ^a	950	.
1967 angenommener oberer Grenzwert	10 470	+ 108	7 000	46	1 815	659 ^a	950	.

a) einschl. Sonderfahrzeuge

Quelle: Auszug aus einer Tabelle des Aufsatzes "Strassenverkehr und Strassenbau" von Th. Beckermann. In: Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, Januar 1957, Seite 8

zeuge). Nach einer Berechnung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung²² wird die Zahl der Kraftfahrzeuge 1960 rd. 7,6 Mio und 1967 zwischen 9 und 10,5 Mio betragen. In etwa 10 Jahren werden auf unseren Straßen (nach der Maximalrechnung) also doppelt soviel Kraftfahrzeuge wie 1956 laufen. Dabei wird sich der Anteil der Pkw an der Gesamtzahl der Kraftfahrzeuge von 38% (1956) auf 67% (1967) erhöhen.

Eine andere Untersuchung über die voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Kraftfahrzeuge wurde von Feuchtinger²³, einem Verkehrsfachmann von Ruf, durchgeführt. In seiner Motorisierungsprognose leitete er die voraussichtliche deutsche Entwicklungskurve des Motorisierungsgrades (Fahrzeuge je 1 000 Einwohner) aus den entsprechenden Entwicklungskurven für andere europäische Länder ab. Da Feuchtinger für seine Schätzung den Zeitraum 1954 bis 1970 wählte und vom Fahrzeugbestand ausging, sind seine Ergebnisse nicht unmittelbar mit den Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung zu vergleichen. Um die beiden Untersuchungsergebnisse gegeneinander abwägen zu können, wurde daher versucht, die Prognosen auf die gleiche Grundlage zu stellen. Die Er-

Tab. 10
Motorisierungsprognose für die Bundesrepublik Deutschland

Fahrzeugart	1. 7. 1954		1970	
	Fahr- zeug- bestand in 1 000	Fahr- zeuge je 1 000 Ein- wohner	Fahr- zeug- bestand in 1 000	Fahr- zeuge je 1 000 Ein- wohner
Krafträder	2 301	46,4	4 000	80
Pkw	1 391	28,1	4 000	80
Lkw, Kraftomnibusse und Sonderfahrzeuge	625	12,6	1 000	20
Insgesamt	4 317	87,0	9 000	180

Quelle: Auszug aus einer Tabelle von Feuchtinger, Motorisierungsprognose. In: Verkehrsuntersuchung Kreuzungsbauwerk B 77/Nord-Ostsee-Kanal bei Rendsburg. Gutachten für das Landesamt für Strassenbau Schleswig-Holstein, Ulm 1955

22) Th. Beckermann, "Strassenverkehr und Strassenbau". In: Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, Januar 1957, Heft 1

23) Feuchtinger, "Motorisierungsprognose". In: der Verkehrsuntersuchung Kreuzungsbauwerk B 77/Nord-Ostsee-Kanal bei Rendsburg. Gutachten für das Landesamt für Strassenbau Schleswig-Holstein, Ulm 1955

Voraussichtlicher Kraftfahrzeugbestand für 1967
in der Bundesrepublik Deutschland¹

Tab. 11

Fahrzeugart	Nach der Untersuchung		
	von Feuch- tinger	vom Rheinisch-Westf. Institut für Wirtschaftsforschung	
		Maximum	Minimum
Bestand in 1 000			
Krafträder	3 700	2 100	2 100
Pkw	3 500	7 600	5 700
Lkw, Kraftomnibusse und Sonderfahrzeuge ²	900	800	800
Insgesamt	8 100	10 500	8 800

1) Eigene Umrechnung (muss als grobe Annäherung angesehen werden)

2) Hierbei fehlen die Zugmaschinen

gebnisse dieser Umrechnung zeigen, daß Feuchtinger mit einem kleineren Fahrzeugbestand rechnet als das Wirtschaftsinstitut. Feuchtinger betont jedoch ausdrücklich, daß seine bis zum Jahre 1970 reichende Motorisierungsprognose so vorsichtig konzipiert ist, daß eine Diskussion in erster Linie nur darum gehen könnte, um wieviel rascher dieses "Planungsziel" unter Umständen erreicht werden wird.

Wenig decken sich in den beiden Untersuchungen die Ergebnisse für die Pkw und für die Krafträder. Feuchtinger setzt den zu erwartenden Bestand an Zweiradfahrzeugen sehr hoch und den an Pkw recht niedrig an. Das sind Ergebnisse, die der tatsächlichen Entwicklungslinie bereits heute nicht mehr zu entsprechen scheinen. Man muß dabei aber bedenken, daß Feuchtinger seine Berechnungen auf der Grundlage des statistischen Materials von 1954 durchgeführt hat. Damals war die sich inzwischen anbahnende Entwicklung (weniger Krafträder - mehr Pkw) noch nicht ganz klar zu erkennen.

6. Studien über die langfristige Entwicklung der Nachfrage nach Nahrungsmitteln

Die langfristige Entwicklung des Nahrungsmittelverbrauchs hängt im wesentlichen von dem zu erwartenden Bevölkerungswachstum und von der Einkommensentwicklung ab. Hanau und Krohn²⁴ haben auf diesen Grunderkenntnissen aufgebaut und versucht, mit Hilfe von Elastizi-

24) A. Hanau und H.-B. Krohn, Die langfristigen Absatzaussichten der westdeutschen Landwirtschaft bis 1965. In: Agrarwirtschaft, Jg. 5 (1956), Hefte 9 und 10

tätskoeffizienten den zukünftigen Nahrungsverbrauch in Westdeutschland vorauszuschätzen. Sie unterscheiden dabei zwischen der Nachfrage bei Selbstversorgern und bei Nichtselbstversorgern, um Unterschiede in der Entwicklung des Verbrauchs in der Landwirtschaft und außerhalb der Landwirtschaft zu berücksichtigen. Ihre Schätzungen reichen bis 1964/65 und sind für eine wahrscheinliche, eine optimistische und eine pessimistische Wirtschaftsentwicklung durchgerechnet. Von Interesse soll hier nur die Berechnung nach der wahrscheinlichen Entwicklung sein.

Hanau und Krohn rechnen damit, daß der Getreide- und Kartoffelverbrauch je Kopf in Westdeutschland weiterhin abnehmen wird. Der Gesamtverbrauch wird dabei - infolge der zu erwartenden Bevölkerungszunahme - etwa in der heutigen Höhe bestehen bleiben. Der Verbrauch an tierischen Erzeugnissen (besonders Fleisch und Eier) wird vermutlich zunehmen. Das ist um so wahrscheinlicher - und mit dieser Aussage wird auf eine Arbeit von Thiede "Zur langfristigen Entwicklung des Nahrungsverbrauches je Kopf"²⁵ zurückgegriffen - wenn man das Zurückbleiben des deutschen Verbrauchs bei tierischen Nahrungsmitteln gegen-

über dem Durchschnitt der nordwesteuropäischen Länder sowie vor allem gegenüber den USA bedenkt. Die Zunahme des Trinkmilchverbrauches je Kopf der Bevölkerung haben Hanau und Krohn von 129 kg (1954/55) auf 137 kg (1964/65) geschätzt. Sie haben dabei allerdings den Verbrauch an Milhdauerwaren (in Milchäquivalenten) eingeschlossen, der nach Thiede stärker ansteigen wird als der Verbrauch der eigentlichen Trinkmilch. Von den Nahrungsfetten erwähnen Hanau und Krohn nur die Butter. Sie glauben, daß die stetige Zunahme des Butterverbrauchs durch die Abwanderung der Verbraucher zur Margarine bedroht ist. Bei höherem Einkommen wird zwar mehr Butter verzehrt, aber die Nachfrage nach Butter ist in Bezug auf den Preis äußerst elastisch. Bei einem Preisanstieg für Butter gehen viele Verbraucher zur Margarine über. Wird die Butter wieder billiger, so kehren sie nicht im früheren Umfange zur Butter zurück, weil sie sich dann bereits an Margarine gewöhnt haben. Thiede weist in seinen Ausführungen noch besonders auf die zu erwartende starke Verbrauchsausdehnung bei bestimmten Spezialerzeugnissen hin, "mit denen die europäischen Verbraucher infolge von z. T. revolutionierenden Umstel-

Entwicklung des Gesamtverbrauchs wichtiger Nahrungsmittel
Tab. 12 im Bundesgebiet (einschl. West-Berlin)

Nahrungsmittel	Gesamtverbrauch		
	1954/55	1964/65	
	1 000 t		1954/55 = 100
Pflanzliche Erzeugnisse			
Weizen (Mehlwert)	3 284	3 547	108
Roggen (Mehlwert)	1 514	1 500	99
Speisekartoffeln	8 206	8 105	99
Zucker (weiss)	1 367	1 655	121
Fleisch (Schlachtgewicht ohne Fett)			
Rindfleisch	716	975	136
Schweinefleisch	1 273	1 590	125
dgl. nur Nichtselbstversorger	923	1 300	141
Fleisch insgesamt ¹	2 360	3 042 ^a	129
Milch und Milcherzeugnisse			
Trinkvollmilch ²	6 700	7 552	113
dgl. nur Nichtselbstversorger	4 840	5 887	122
Butter (Produktgewicht)	359	462	129
dgl. nur Nichtselbstversorger	294	404	137
Milch insgesamt	15 640	18 957	121
Eier und Eiprodukte (Schaleneiäquivalent)	513	689	134

1) Hauptfleischarten sowie Geflügel- und sonstiges Fleisch und Innereien 2) Einschliesslich steriler Milch, Sauermilch, Milchmischgetränke, Sahne und Milhdauerwaren (in Milchäquivalenten)
a) Unter der Annahme, dass der Verbrauch sonstiger Fleischarten im gleichen Masse zunimmt wie der Verbrauch von Rind- und Schweinefleisch

Die Angaben über den Gesamtverbrauch an Nahrungsmitteln 1954/55 sind dem "Statistischen Handbuch über Landwirtschaft und Ernährung der Bundesrepublik Deutschland", herausgegeben vom BML 1956, entnommen. Die Vorschätzung für 1964/65 geht vom Gesamtverbrauch 1954/55 aus und gibt den Gesamtverbrauch an, der bei wahrscheinlichen Annahmen über Bevölkerungsentwicklung (jährliche Zuwachsrate 0,6%), Zunahme des Realeinkommens je Kopf (jährliche Zuwachsrate 3%) und der Einkommenselastizität bei gleichbleibenden Realpreisen der einzelnen Erzeugnisse zu erwarten ist.

Quelle: Auszug aus einer Tabelle von Hanau und Krohn, "Die langfristigen Absatzaussichten der westdeutschen Landwirtschaft bis 1965"

25) In: Berichte über Landwirtschaft, Bd. 35 (1957), Heft 1, S. 101

Entwicklung des Je-Kopf-Verbrauchs wichtiger Nahrungsmittel
Tab. 13 im Bundesgebiet (einschl. West-Berlin)

Nahrungsmittel	Je-Kopf-Verbrauch	
	1954/1955 (vorläufig)	1964/1965 (Vorschätzung)
	in kg	
Pflanzliche Erzeugnisse		
Weizenmehl	63,2	64,3
Roggenmehl	29,2	27,2
Speisekartoffeln	158	147
Zucker ¹ (weiss)	26,3	30,0 ^a
Fleisch (Schlachtgewicht ohne Fett)		
Rindfleisch	13,8	17,7
Schweinefleisch	24,5	28,8
dgl. nur Nichtselbstversorger	21,0	26,9
Fleisch insgesamt	45,4	55,2 ^b
Milch und Milcherzeugnisse		
Trinkvollmilch ²	129	137
dgl. nur Nichtselbstversorger	105	118
Butter (Produktgewicht)	6,9	8,4
dgl. nur Nichtselbstversorger	6,4	8,1
Eier und Eiprodukte (Stück) (Schaleneiäquivalent)	174	220
	9,9	12,5

1) Nach Abzug von rund 0,5 kg je Kopf für Marktverluste

2) einschl. steriler Milch, Sauermilch, Milchmischgetränke, Sahne und Milhdauerwaren (in Milchäquivalenten) a) Unter Berücksichtigung der Verbrauchssteigerung auf Grund der Steuersenkung vom 1. 4. 1956 b) Unter der Annahme, dass der Verbrauch sonstiger Fleischarten im gleichen Masse zunimmt wie der Verbrauch von Rind- und Schweinefleisch

Die Angaben über den Je-Kopf-Verbrauch 1954/55 sind dem "Statistischen Handbuch über Landwirtschaft und Ernährung der Bundesrepublik Deutschland", herausgegeben vom BML 1956, entnommen. Angaben über den Verbrauch der Nichtselbstversorger beruhen auf Schätzungen von Hanau und Krohn in Anlehnung an Schätzungen des BML. Die Vorschätzung für 1964/65 geht vom Je-Kopf-Verbrauch 1954/55 aus und gibt den Verbrauch an, der nach Massgabe der Einkommenselastizitäten bei einer Zuwachsrate des Realeinkommens von jährlich 3% (wahrscheinliche Annahme) je Kopf zu erwarten ist. Die Realpreise der einzelnen Erzeugnisse werden als gleichbleibend angenommen.

Quelle: Auszug aus einer Tabelle von Hanau und Krohn

lungen in der Erzeugung (z. B. Mastgeflügel-erzeugung) oder in der Verteilung (z. B. Kühlkette) oder in der veränderten Art des Angebots (vorbehandelte, tiefgekühlte, kochfertige Erzeugnisse usw.) erst in jüngster Zeit bekannt gemacht werden konnten¹²⁶

7. Studien über die langfristigen Produktionsmöglichkeiten von Nahrungsmitteln

Während im Abschnitt 6 die Absatzmöglichkeiten der westdeutschen Landwirtschaft um 1964/65 durch die geschätzten Verbrauchserwartungen aufgezeigt sind, soll nun gefragt werden, welche Produktionsmöglichkeiten vorhanden sind. Die häufig zitierte Untersuchung von Hanau und Krohn beschäftigt sich in ihrem zweiten Teil ausführlich mit diesem Fragenkomplex. Die beiden Verfasser kommen dabei zu dem Gesamtergebnis, daß bis 1964/65 "in dem als wahrscheinlich bezeichneten Fall des wirtschaftlichen Wachstums Verbrauchserwartungen und Produktionsmöglichkeiten bei den behandelten Nahrungsmitteln im großen und ganzen einander soweit entsprechen, daß durch Regulierung der Einfuhren das Gesamtangebot an die Nachfrage angepaßt werden kann"²⁷. Die Erzeugung von Fleisch und Eiern wird bei "wahrscheinlicher" wirtschaftlicher Entwicklung mit der Nachfrage Schritt halten können. Die Milcherzeugung wird um etwa 24% gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1952/53 bis 1954/55 ausgedehnt werden können. Bei der Erzeugung von Getreide und Kartoffeln rechnen die Verfasser mit einem Anstieg der Flächenerträge um jährlich 1,5 bis 2%. Die Inlandserzeugung dieser beiden Produkte, die z. T. in die Tierfütterung gelangt, wird durch die Ertrags-erhöhung je ha und durch eine geringfügige Zunahme der Getreideanbauflächen 1964/65 um etwa 22% höher liegen als im Durchschnitt der Jahre 1953/54 bis 1955/56. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das eine Modelluntersuchung²⁸ bis 1975 durchgeführt hat, schätzt die jährliche Zuwachsrates für Getreide allerdings nur auf etwa 1%. Es weist aber besonders darauf hin, daß Belgien, Dänemark und die Niederlande im Landesdurchschnitt heute bereits Hektarerträge für Getreide zu verzeichnen haben, die denen entsprechen, die in der Bundesrepublik - nach den Berechnungen des Forschungsinstituts - bis 1975 erreicht werden sollen.

Literaturangaben

1. Allgemeines

L. Bosse, *Über die Möglichkeit und den Nutzen von kurzfristigen Wirtschaftsprognosen. In: Weltwirtschaftliches Archiv. 1957, Band 79, Heft 1*

P. F. Drucker, *America's Next Twenty Years. In: Harper's Magazine 1955*

L. A. Hahn, *Über Wirtschaftsprognosen. In: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 1953, Seite 405 - 413*

H. H. Herlemann, *Sind wirtschaftliche Prognosen möglich? In: Bauernblatt, Januar 1952, Seite 38*

W. Huppert, *Gesetzmässigkeit und Voraussehbarkeit des wirtschaftlichen Wachstums. Berlin 1957*

F. Lutz, *Das Problem der Wirtschaftsprognosen. Tübingen 1955*

H. Wilhelm, *Möglichkeiten und Grenzen wirtschaftlicher Prognosen. In: Jahrbuch der Absatz- und Verbrauchsforschung. 1956, Heft 4, Seite 282 - 296*

Europe To-Day and in 1960. Volume II: Europe in 1960. Published by the OEEC, Paris 1957

2. Bevölkerungsvorausberechnungen

H. F. Dorn, *Pitfalls in Population Forcecasts and Projections. In: Journal of the American Statistical Association. September 1950*

Th. Galland, *Deutschlands Altersaufbau in den kommenden Jahrzehnten im Vergleich zu anderen Ländern Europas. In: Bundesarbeitsblatt, Jahrgang 1956, Nr. 10*

J. Hajnal, *The Prospects for Population Forcecasts. In: Journal of the American Statistical Association. June 1955*

F. Kneschaurek, *Der Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf die Wirtschaftslage der Schweiz in den nächsten 10 bis 15 Jahren. In: Industrielle Organisation 1956, Heft 2*

R. Pressat, *Prévisions de population en Europe occidentale jusqu'en 1971 (Research Group for European Migration Problems)*

J. R. L. Schneider, *Local Population Projections in England and Wales. In: Population Studies, July 1956*

W. Steigenaga, *Das Problem der regionalen Bevölkerungsprognose. In: Raumforschung und Raumordnung 1956, Heft 1*

W. Wegmüller, *Die statistischen Grundlagen der Bevölkerungsprognose. In: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, September 1956*

"Die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1982", Statistik der Bundesrepublik, Band 119, Wiesbaden 1955

"Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahren (1954/64)". In: Die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1955. Bundesministerium für Arbeit

The Problem of Scientific and Technical Manpower in Western Europe, Canada and the United States. Published by the OEEC, Paris 1957

Europe To-Day and in 1960. Volume II: Europe in 1960. Published by the OEEC, Paris 1957

Nicht genannt sind die bereits durchgeführten Bevölkerungsvorausberechnungen für die einzelnen westdeutschen Bundesländer.

26) G. Thiede, a. a. O., S. 105

27) A. Hanau und H.-B. Krohn, a. a. O., S. 21 (Sonderdruck)

28) "Die Steigerungsmöglichkeit der Erträge an Brot- und Futtergetreide im Bundesgebiet bis zum Jahre 1975", Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht, Berlin, 17. Mai 1957

3. Vorausberechnungen des Volkseinkommens

F. Grünig, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschl. Geldvermögensrechnung für die Bundesrepublik. In: Vierteljahreshefte für Wirtschaftsforschung, Jahrgang 1956, Heft 1*

A. Hanau und H.-B. Krohn, *Die langfristigen Absatzaussichten der westdeutschen Landwirtschaft bis 1965. In: Agrarwirtschaft, Jahrgang 5 (1956), Hefte 9 und 10*

W. G. Hoffmann, *Möglichkeiten der wirtschaftlichen Expansion in der Bundesrepublik. In: Wirtschaftsfragen der freien Welt. Herausgegeben von E. v. Beckerath, F. W. Meyer und A. Müller-Armack zum 60. Geburtstag von Bundeswirtschaftsminister L. Erhard am 4. Februar 1957, Seite 351 ff.*

F. A. Lutz, *Aspekte der langfristigen Wirtschaftsentwicklung. In: Stahl und Eisen, 76. Jahrgang (1956), Seite 727*

4. Energie- und Stromprognosen

S. Balke, *Atomkraft und Energiewirtschaft. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 9. Januar 1957*

W. Bauer, *Energieprognose - ein Mittel der Marktmessung für die Mineralölwirtschaft. In: Wirtschaftsdienst, Oktober 1957, Heft 10*

K. Ebert, *Möglichkeiten und Erkenntnisse der Energieprognose. In: Wirtschaftsdienst, März 1956, Heft 3*

H. Freiburger, *Vorausschau der deutschen Elektrizitätsversorgung. In: Die Atomwirtschaft, April 1956*

H. Köhn, *Der westdeutsche Energiebedarf bis 1965 und seine Deckung. In: Wirtschaftsdienst, Dezember 1955, Heft 12*

Die voraussichtliche Entwicklung der Stromerzeugung in der Bundesrepublik 1956 - 1965. Herausgegeben vom Zentralverband der elektrotechnischen Industrie e. V., Berlin 1957

Versuch einer Vorausberechnung des Kohlenbedarfs und seiner Deckung, aus: Die Lage auf dem Kohlenmarkt. In: Konjunkturberichte des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen, 1955, Heft 3

Die Vorausschätzungen bei Kohle und Stahl für die nächsten zwanzig Jahre, aus: Allgemeine Ziele der Montan-Union. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 7. März 1957

5. Vorausberechnungen des Bestandes an Kraftfahrzeugen

Th. Beckermann, *Strassenverkehr und Strassenbau. In: Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen, Januar 1957, H. 1*

M.-E. Feuchtinger, *Motorisierungsprognose. In: Verkehrsuntersuchung Kreuzungsbauwerk B 77/Nord-Ostsee-Kanal bei Rendsburg, Gutachten für das Landesamt für Strassenbau Schleswig-Holstein, 1955*

Kloss, *Strassenbaumassnahmen 1957 in Schleswig-Holstein. In: Informationsdienst der Landesregierung Schleswig-Holstein, Nr. 17, September 1957*

H. Zimmermann, *Die künftige Entwicklung des Bestandes an Personenkraftwagen in der Bundesrepublik Deutschland, 1955*

H. Zimmermann, *Der künftige Bestand an Kraftfahrzeugen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin. In: Strassenverwaltung, Strassenbau und Strassenbaufinanzierung, Denkschrift des Bundesverbandes der deutschen Industrie zum Strassenbauproblem, Drucksache Nr. 38, März 1956*

Die Reifenindustrie Westdeutschlands heute und morgen. In: Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen, 1956, Heft 11

6. Vorausberechnungen des Verbrauchs und der Produktion von Nahrungsmitteln

R. F. Daly, *The Long-Run Demand for Farm Products. In: Agricultural Economics Research, July 1956*

A. Hanau und H.-B. Krohn, *Die langfristigen Absatzaussichten der westdeutschen Landwirtschaft bis 1965. In: Agrarwirtschaft, Jahrgang 5 (1956), Hefte 9 und 10*

R. Müller, *Langfristige Entwicklungstendenzen der Nachfrage nach Nahrungsmitteln. In: Agrarwirtschaft, April 1955, Heft 4, Seite 105 - 111*

G. Thiede, *Zur langfristigen Entwicklung des Nahrungsverbrauches je Kopf. In: Berichte über Landwirtschaft, Band 35 (1957), Heft 1*

Die Steigerungsmöglichkeit der Erträge an Brot- und Futtergetreide im Bundesgebiet bis zum Jahre 1975. In: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, 17. Mai 1957

7. Vorausberechnungen speziell für Schleswig-Holstein, die in den Statistischen Monatsheften Schleswig-Holstein veröffentlicht wurden:

Vorausberechnung 1 - Die voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen. Februar 1955, Heft 2

Vorausberechnung 2 - Die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis zum 1. 1. 1969 und der Erwerbspersonen bis zum 1. 1. 1960. September 1955, Heft 9

Vorausberechnung 3 - Die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung bis zum 1. 1. 1969. Januar 1956, Heft 1

Vorausberechnung 4 - Die Invaliden- und Angestelltenrentner 1950 - 1955 und die voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Empfänger von Versichertenrenten bis 1968. August 1956, Heft 8.

Vorausberechnung 5 - Bedarf und Nachwuchs an Volks- und Mittelschullehrern in Schleswig-Holstein. Juli 1957, Heft 7.

Dipl.-Volksw. L. Korschey

Über 23 % der im Lande ansässigen Haushaltungen haben Veränderungswünsche hinsichtlich ihrer Wohnung. 40 % dieser Haushaltungen gehören zu den Vertriebenen. Von den Haushaltungen, die ihre Wohnverhältnisse ändern möchten, sind 31 % als Untermieter noch nicht im Besitze einer eigenen Wohnung. Von jeweils 100 wohnungsbedürftigen Haushaltungen entfallen 37 auf den Haushaltstyp "Ehepaar mit Kindern im schulpflichtigen Alter". — Als erstrebte Art der Wohnungsnutzung überwiegt mit 75 % die Mietwohnung. Das eigene Haus ist nur für jede fünfte Haushaltung Wohnungsziel. — Die erstrebten Mietwohnungen sollen möglichst 3 bis 4 Räume enthalten. Für ein eigenes Haus werden 5 Räume gewünscht.

Die Struktur des Wohnungsbedarfs in Schleswig-Holstein

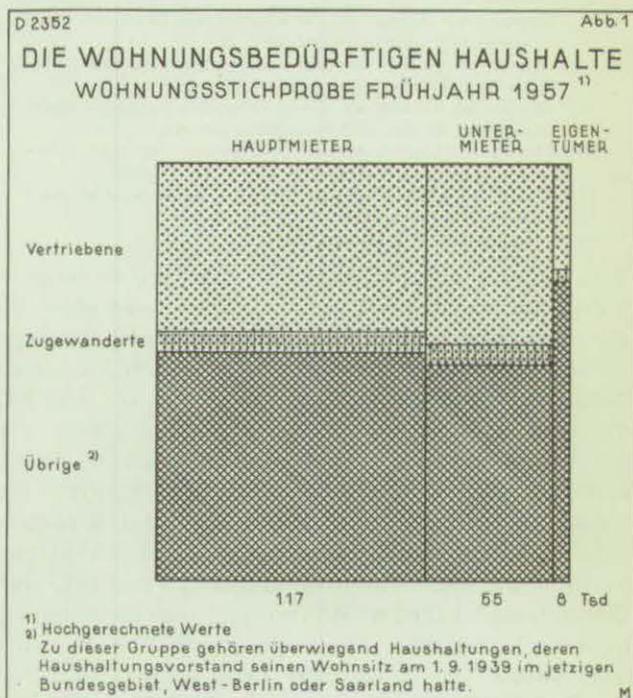
Um für die Wohnungspolitik der kommenden Jahre Arbeits- und Planungsunterlagen bereitzustellen, wurde durch Bundesgesetz vom 17. Mai 1956 für 1956/57 eine Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs angeordnet. Diese Statistik bestand aus zwei Teilen. Für den ersten Teil wurden am 25. September 1956 alle Wohnungen und Wohnparteien erfaßt, für den zweiten Teil wurde nach einem statistischen Verfahren jede hundertste Haushaltung ausgewählt. Diese Haushaltungen wurden im Frühjahr 1957 durch geschulte Interviewer nach der Größe und Ausstattung ihrer jetzigen Unterkunft sowie nach ihren Einkommensverhältnissen und Wohnwünschen befragt.

Während die Ergebnisse des ersten Teiles der Wohnungsstatistik z. T. bereits im Herbst des vergangenen Jahres einem breiteren Interessentenkreis vorgelegt werden konnten, werden die endgültigen Ergebnisse aus der Interviewerbefragung vermutlich erst Mitte dieses Jahres vorliegen. Bei der allgemeinen Bedeutung und dem Interesse, das den Ergebnissen der 1%igen Repräsentativstatistik entgegengebracht wird, erscheint es deshalb gerechtfertigt, wenn im folgenden einige - wenn auch vorläufige - Ergebnisse veröffentlicht werden¹.

1. 180 000 Haushaltungen wohnungsmäßig nicht zufrieden

Wie die Auswertung der Repräsentativstatistik im einzelnen ergab, waren über 23% der befragten Haushaltungen mit ihrer jetzigen wohnlichen Unterbringung nicht zufrieden und beabsichtigten infolgedessen ihre Wohnverhältnisse zu verändern. Bezieht man diesen Anteil auf die Gesamtzahl aller in Schleswig-Holstein ansässigen Haushaltungen, so darf angenommen werden, daß - ohne etwas über die tatsächlichen Realisierungsmöglichkeiten auszusagen - etwa 180 000 Haushalte in den kommenden Jahren eine Änderung ihrer augenblicklichen Wohnverhältnisse anstreben.

Nach der Bevölkerungsgruppe des Haushaltsvorstandes aufgegliedert zeigt sich, daß rund 40% dieser Haushaltungen zu den Vertriebenen,



5% zu den aus der Sowjetzone Zugewanderten und 55%, also mehr als die Hälfte, zu der Gruppe der "Übrigen" gehören, die sich hauptsächlich aus einheimischen Bewohnern zusammensetzt. Berücksichtigt man, daß 30% aller Haushaltungen Schleswig-Holsteins 1956/57 Vertriebene waren, so könnte man aus der Aufgliederung der wohnungsbedürftigen Haushaltungen nach Personenkreisen entnehmen, daß die Wohnverhältnisse der Vertriebenen - trotz aller bisherigen Anstrengungen seitens des Landes und des Bundes - immer noch relativ ungünstiger empfunden werden als die der anderen Bevölkerungsgruppen.

Nach dem Mietverhältnis betrachtet, sind bereits heute über zwei Drittel der als Wohnungsbedarfsträger in Frage kommenden Haushaltungen als Hauptmieter oder Eigentümer Inhaber einer Wohnung oder eines eigenen Heimes, während 31% als Untermieter noch keine selbständige Wohnung besitzen. Daraus ist zu erkennen, daß der hier ermittelte Wohnungsbedarf des Landes nicht nur auf das absolute Fehlen von Wohnungen zurückzuführen ist, sondern auch zu einem guten Teil auf das Fehlen geeigneter Wohnungen.

1) Da es sich um vorläufige Ergebnisse handelt, wurde auf die Angabe von Fehlergrenzen verzichtet

Die wohnungsbedürftigen Haushaltungen
nach Mietverhältnissen und Haushaltstypen

Tab. 1 - Ergebnisse der Wohnungsstichprobe Frühjahr 1957¹ -

Mietverhältnis	Haus- hal- tungen ins- gesamt	davon entsprechen dem Haushaltstyp ²						
		A	B	C	D	E	F	G
		in %						
Hauptmieter	117 000	9	13	5	10	47	13	3
Untermieter	55 000	35	9	10	15	14	15	3
Eigentümer	8 000	10	12	1	10	55	7	5
Insgesamt	180 000	17	12	6	11	37	14	3

1) Die absoluten Zahlen sind hochgerechnet

2) A = Einzelperson

B = Ehepaar ohne Kinder mit oder ohne weitere Personen, wobei Ehefrau 1911 oder früher geboren

C = Ehepaar ohne Kinder mit oder ohne weitere Personen, wobei Ehefrau 1912 oder später geboren

D = Ehepaar mit Kindern mit oder ohne weitere Personen, wobei keines der Kinder 1950 oder früher geboren

E = Ehepaar mit Kindern mit oder ohne weitere Personen, wobei ein oder mehrere Kinder 1950 oder früher geboren

F = Einzelperson (Vater oder Mutter) mit Kindern mit oder ohne weitere Personen

G = sonstige Haushaltstypen

Von jeweils 100 Haushalten, die ihre Wohnverhältnisse zu ändern beabsichtigen, entfallen 37 auf den Haushaltstyp "Ehepaar mit Kindern im schulpflichtigen Alter". Bei diesen Familien handelt es sich wohl überwiegend um solche, die in den Jahren der ärgsten Wohnungsnot, als die Kinder noch im Säuglingsalter waren, sich mit einer Ein- bzw. Zweiraumwohnung zufrieden gaben, die jetzt aber, da die Kinder das schulpflichtige Alter erreicht haben und im allgemeinen die Geschlechtertrennung einsetzt, den Wunsch nach einer an Räumen größeren Wohnung haben. Für diese Annahme spricht u. a., daß der Anteil der Familien mit schulpflichtigen Kindern bei den wohnungsbedürftigen Hauptmieter- und Eigentümerhaushaltungen mit 47 bzw. 55% besonders hoch ist. Nur bei den Untermietern, die eine Änderung ihrer Unterkunft wünschen, nimmt der Einpersonenhaushalt mit einem Anteil von 35% die vorherrschende Stellung unter den Haushaltstypen ein.

2. Die Gründe für den Wohnungsbedarf

Besonders wertvoll für die Wohnungsbaupolitik ist die Kenntnis der Gründe des Wohnungsbedarfs.

Von jeweils 100 wohnungsbedürftigen Haushalten gaben 36 als Grund für den angestrebten Unterkunftswchsel an, daß die jetzige Unterkunft zu klein sei bzw. daß sie den gestellten Ansprüchen nicht genüge. Weitere 21 Haushaltungen erwähnten als Beweggrund das Streben nach einer selbständigen Wohnung, nach selbständiger Haushaltsführung bzw. die beabsichtigte Eheschließung oder Zusammenführung der Haushaltung, während 17 Haushaltungen nach subjektiver Einschätzung den baulichen Zustand ihrer Wohnung bzw. ihrer Räume für einen dauernden Wohngebrauch als ungeeignet erachteten. 10 Haushalte gaben rein persönliche Gründe wie Zwistigkeiten mit dem Vermieter,

Die wohnungsbedürftigen Haushaltungen
nach Mietverhältnissen und Wohnungsbedarfsgründen

Tab. 2 - Ergebnisse der Wohnungsstichprobe Frühjahr 1957¹ -

Mietverhältnis	Haus- hal- tungen ins- gesamt	davon geben als Grund ² für den Wohnungsbedarf an						
		A	B	C	D	E	F	G
		in %						
Hauptmieter	117 000	20	7	1	6	10	43	12
Untermieter	55 000	9	5	1	51	5	23	6
Eigentümer	8 000	16	5	1	34	13	19	12
Insgesamt	180 000	17	6	1	21	9	36	10

1) Die absoluten Zahlen sind hochgerechnet

2) A = Unterkunft zum dauernden Wohngebrauch ungeeignet

B = jetzige Unterkunft liegt ungünstig zur Arbeitsstätte

C = Haushaltung wurde im Kriege evakuiert und möchte zurückkehren

D = Streben nach selbständiger Wohnung, Streben nach selbständiger Haushaltsführung, beabsichtigte Eheschließung, Zusammenführung der Haushaltungen

E = Streben nach eigenem Haus oder Eigentumswohnung

F = jetzige Unterkunft zu klein, jetzige Unterkunft genügt nicht den Ansprüchen

G = sonstige Gründe, darunter: auch jetzige Wohnung im Verhältnis zum Einkommen zu teuer und jetzige Wohnung zu gross

Nachbarn usw. an, 9 Haushalte betonten, daß das Streben nach einem eigenen Haus bzw. einer Eigentumswohnung sie zu einem Unterkunftswchsel veranlasse, bei 6 Haushalten liegt die jetzige Unterkunft zu ungünstig zur Arbeitsstätte und 1 Haushaltung möchte, da sie im Kriege evakuiert wurde, an ihren einstigen Wohnort zurückkehren. Nicht ganz jeder hundertsten wohnungsbedürftigen Haushaltung ist die jetzige Unterkunft im Verhältnis zum Einkommen zu teuer.

Einige interessante Besonderheiten ergeben sich, wenn man die Haushalte, die einen Unterkunftswchsel anstreben, nach dem jetzigen Mietverhältnis und den meistgenannten Wohnungsbedarfsgründen aufgliedert.

Danach sind von den Hauptmietern 43% der Ansicht, daß die jetzige Wohnung zu klein ist oder nicht den Ansprüchen genügt. Bei den Untermietern erstrebt mehr als jeder zweite (51%) eine selbständige Wohnung und bei den Gebäudeeigentümern dominiert mit 34% ebenfalls der Wunsch nach einer selbständigen Wohnung, wobei zu bemerken ist, daß es sich bei diesen Haushalten vorwiegend um Eigentümer von Behelfsheimen handelt.

3. Die angestrebte Art der Wohnungsnutzung

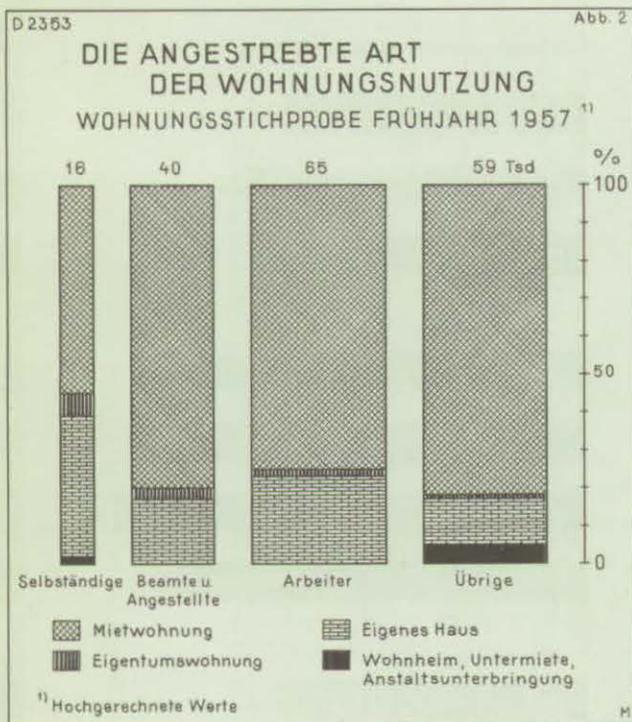
Über drei Viertel aller wohnungssuchenden Haushaltungen erstreben eine Mietwohnung, während das eigene Haus nur in nahezu 20 von 100 Fällen Wohnungsziel ist. Dieses Ergebnis zeigt, daß die Mietwohnung gegenüber dem Eigenheim eine klare Vorrangstellung einnimmt, wiewohl auch zu erwarten ist, daß das Wohnungseigentum in den kommenden Jahren infolge der durch die Gesetzgebung stark geförderten Eigenheimbestrebungen weiter an Bedeutung gewinnen wird. Gegenüber der Mietwohnung und dem Eigenheim spielen die anderen Wohnformen wie Unterbringung in einem Wohn-

Tab. 3

– Ergebnisse der Wohnungsstichprobe Frühjahr 1957¹⁾ –

Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes	Haushaltungen insgesamt	darunter erstreben							
		Mietwohnungen/Wohnheime				Eigenheime			
		Anzahl		Wohnungsgröße nach Raumzahl	Mietzahlungsbereitschaft in DM	Anzahl		Größe nach Raumzahl	Zahlungsbereitschaft f. Gesamtlasten in DM
		absolut	%			absolut	%		
Selbständiger	16 000	9 000	56	3,8	68	6 000	37	4,7	126
Beamter/Angestellter	40 000	32 000	80	3,7	67	7 000	17	4,7	135
Arbeiter	65 000	49 000	75	3,8	49	15 000	23	4,2	68
Übrige	59 000	50 000	84	3,0	42	7 000	12	4,3	74
Insgesamt	180 000	140 000	77	3,5	52	34 000	19	4,4	93

1) Die absoluten Zahlen sind hochgerechnet



nungen sein, wobei die Tendenz zu 4 Räumen wesentlich stärker bei den Gruppen der Selbständigen-, Beamten-, Angestellten- und Arbeiterhaushaltungen ausgeprägt ist als bei der Gruppe der "Übrigen", zu der hauptsächlich Rentner- und Pensionärshaushalte gehören.

Ähnliche größenmäßige Abstufungen zeigen auch jene Fälle, in denen der Bau eines Eigenheimes beabsichtigt ist. Das eigene Haus soll dann jedoch grundsätzlich 4 bis 5 Räume enthalten, also durchschnittlich einen Raum mehr als die Mietwohnung.

Ebenso wie die Ansprüche hinsichtlich der Größe der Wohnung bzw. des Hauses, so differieren auch die Beträge, die die Haushalte monatlich für die von ihnen beschriebenen Wohnungen glauben aufwenden zu müssen oder auszugeben in der Lage sind. Dabei ist zu bedenken, daß nicht alle Befragten, die den Wunsch nach einer Wohnung oder einem Eigenheim geäußert haben, gleichzeitig auch konkrete Vor-

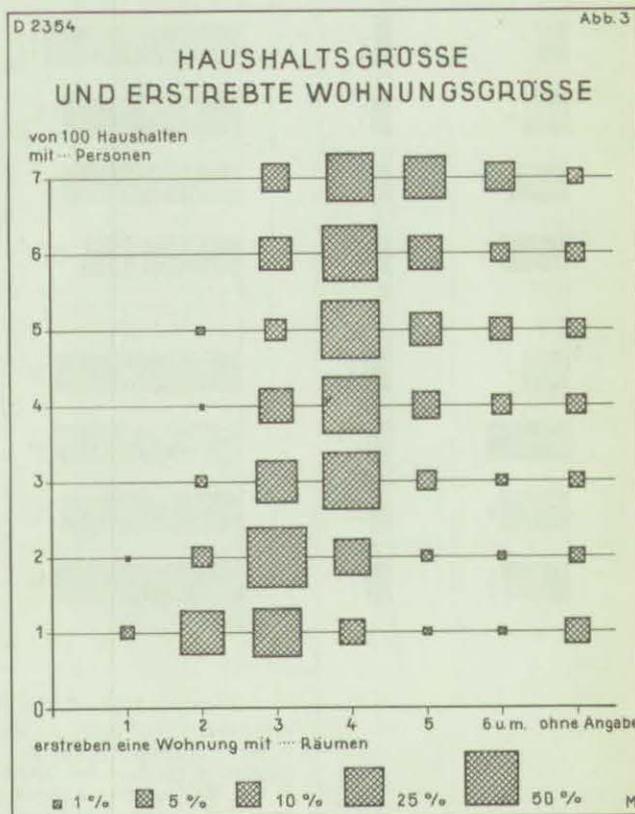
heim oder einer Anstalt bzw. das Wohnen zur Untermiete eine nur sehr untergeordnete Rolle.

Auf die Frage, wann der erstrebte Unterkunftswechsel realisiert werden soll, antworteten mehr als drei Viertel aller Haushaltungen "sofort" und etwa 11% "in den nächsten zwei Jahren", während die restlichen Haushalte noch keine bestimmte Vorstellung davon hatten, wann ihr Wohnungsziel den gegebenen Umständen nach zu verwirklichen ist.

4. Die angestrebte Wohnungsgröße und mögliche monatliche Belastung

Einer der wohnungspolitisch wichtigsten Bestandteile der Erhebung ist jener Abschnitt, aus dem hervorgeht, wie groß die erstrebte Wohnung sein soll und welche Bereitschaft seitens der Haushalte besteht, einen bestimmten Teil des Einkommens für Miete bzw. die Lasten eines eigenen Hauses aufzubringen.

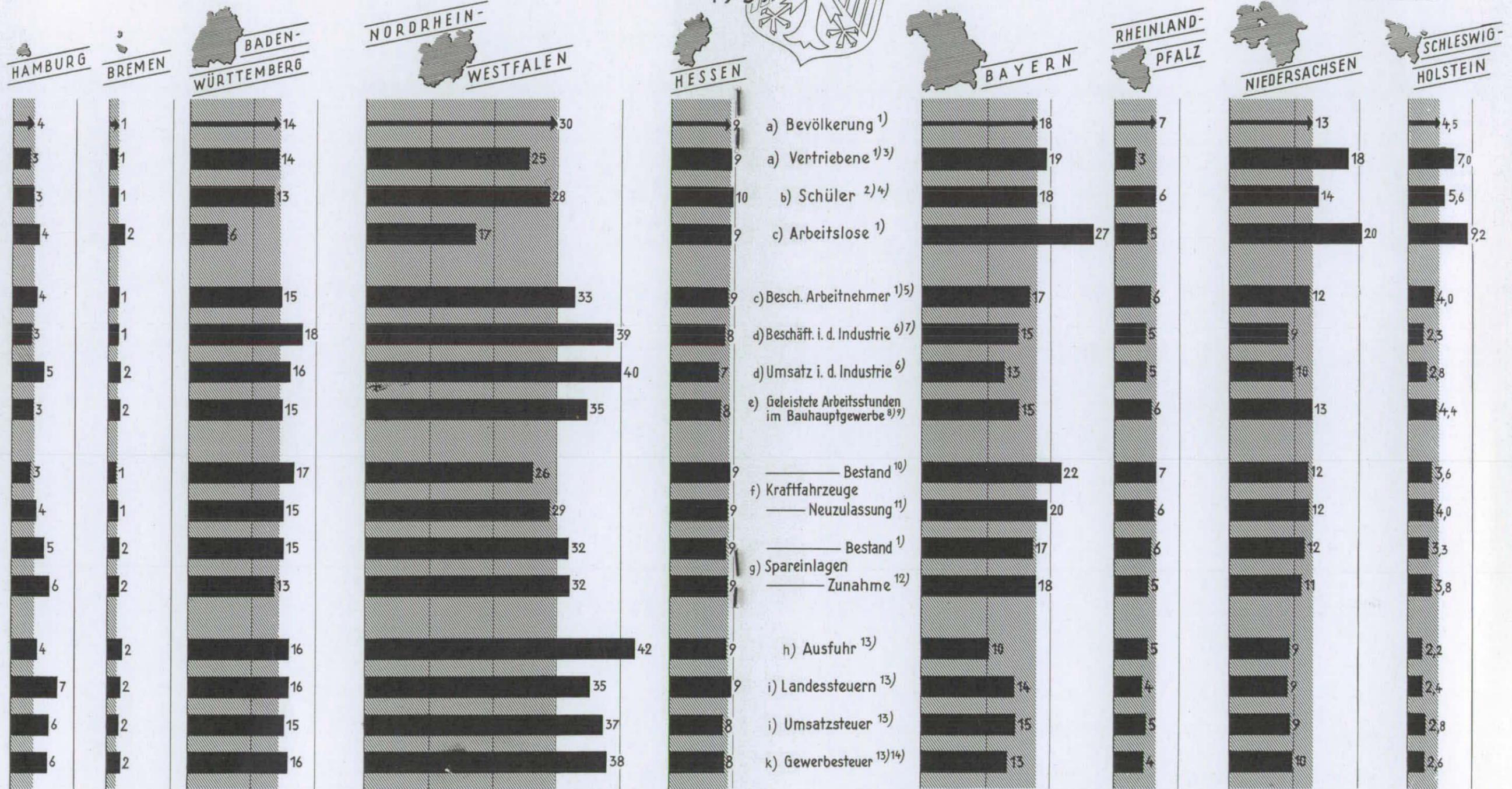
Was die Größe der Mietwohnungen anbelangt, so sollen es nach Möglichkeit 3- bis 4-Raum-Woh-



DIE ANTEILE DER LÄNDER AN BEVÖLKERUNG UND WIRTSCHAFT DES BUNDESGBIETES

1957

Die Länge der Balken entspricht dem Anteil des betr. Landes an der Bundessumme des betr. Merkmals. Der Bevölkerungsanteil ist zum Verfortgesetzt.



1) 30. September 1957 2) Mai 1956
 3) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. Sept. 1939 in den z. Zt. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Gebietsstand: 31. Dez. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder
 4) an allgemeinbildenden Schulen

5) Arbeiter, Angestellte u. Beamte 6) Juli-Sept. 1957
 7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (ohne Bau und Energie)
 8) Mon. 8 Jan.-Sept. 1957 9) alle Betriebsgrößenklassen
 10) 1. Juli 1957 11) 1. Juli 1956 - 30. Juni 1957
 12) 1. Okt. 56 - 30. Sept. 57 13) Januar-September 1957
 14) nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme

QUELLEN: a) Schnellmitteilung Bevölkerungsstand
 b) Statistischer Bericht Staba Arb. Nr. VIII/9/11
 c) Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittl. u. Arbeitslosenversch. 11/57
 d) Die Industrie der Bundesrepublik, Teil I, 7,8,9/57
 e) Zahlen für die Bauwirtschaft 9/57

f) Statist. Mitteilungen des Kraftfahrtbundesamtes
 g) Staba VII g 76 v. 28. 11. 57
 h) Der Außenhandel der Bundesrep. Deutschl. Teil 1, 10/57
 i) Veröffentlichung des Bundesfinanzministeriums
 k) Statistischer Bericht Staba Arb. Nr. VII/41/25-27

stellungen darüber hatten, welche Miete bzw. Belastung sie für die gewünschten Wohnungen und Heime auf sich nehmen müßten.

Bei der Mietwohnung liegt der monatlich zugestandene Mietbetrag im Durchschnitt bei 52 DM, während er innerhalb der einzelnen nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes aufgliederten Gruppen zwischen 42 und 68 DM variiert. Beim eigenen Haus liegen die Vorstellungen der Haushaltungen über die Höhe der laufenden monatlichen Gesamtlasten, wozu der Kapaldienst und die Bewirtschaftungskosten rechnen, im Durchschnitt bei 93 DM. Die Gruppe der Selbständigen ist aber bereit, 126 DM und die der Beamten und Angestellten sogar noch etwas mehr monatliche Belastung zu tragen.

5. Das Verhältnis der Haushaltsgröße zur Wohnungsgröße

Stellt man die wohnungsbedürftigen Haushaltun-

gen nach der Personenzahl aufgegliedert den verschiedenen Wohnungsgrößenklassen gegenüber, so ergibt sich, daß 40% aller Einpersonenhaushalte eine 3-Raum-Wohnung (einschl. der Küche) beziehen wollen. Bei den Zweipersonenhaushalten liegt der Anteil, der diese Wohnungsgröße bevorzugt, sogar über 60%. Erst bei drei Personen je Haushalt tritt die 4-Raum-Wohnung in den Vordergrund, die dann überraschenderweise bei allen anderen Haushaltsgrößen, selbst bei den Haushalten mit 7 und mehr Personen, eine klare Vorrangstellung behaupten kann.

Als Grund hierfür ist zu vermuten, daß bei diesen in der Mehrzahl kinderreichen Familien das Streben nach einer an Räumen größeren Wohnung durch die dann dafür zu entrichtende relativ hohe Miete begrenzt wird.

Dr. G.-R. Knüppel

Die Zahl der Studierenden an der Christian-Albrechts-Universität erreichte im Sommersemester 1957 mit 3 379 Studierenden – darunter 284 Ausländer – ihren bisher höchsten Stand. Am stärksten belegt waren die Fachrichtungen Rechtswissenschaften, Kulturwissenschaften, allgemeine Medizin und Naturwissenschaften. Von den 3 095 deutschen Studierenden waren 701 (23 %) weiblich; 72 % der Studierenden im Wintersemester 1955/56 stammten aus Schleswig-Holstein, 26 % aus anderen Ländern des Bundesgebietes und 2 % aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin. – Mehr als die Hälfte der Studierenden (55 %) finanzierte ihr Studium überwiegend durch Unterstützung der Eltern, bei einem Fünftel war die eigene Erwerbstätigkeit die überwiegende Finanzierungsquelle. – Von den an der Christian-Albrechts-Universität studierenden Ausländern oblag die Mehrzahl dem Studium der allgemeinen Medizin und der Zahnmedizin.

Studierende an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel

- Wintersemester 1955/56 und 1956/57, Sommersemester 1957 -

Im Sommersemester 1957 waren 3 379 Studierende, darunter 284 Ausländer, an der Christian-Albrechts-Universität immatrikuliert. Das ist die höchste Zahl an Studierenden, die bisher in Kiel gezählt wurde. Die Zahl der Erstimmatrikulierten betrug 740 und ist damit gegenüber dem Wintersemester 1956/57 und dem Sommersemester 1956 weiter gestiegen. Die Entwicklung der Zahl der Studierenden an der Christian-Albrechts-Universität seit dem Sommersemester 1947 bis zum Wintersemester 1951/52 wurde in den Statistischen Monatsheften 1952, Heft 11, Seite 401 dargestellt. Hier folgen nun die weiteren Zahlen bis zum Sommersemester 1957.

Die Zahl der Studierenden erreichte im Sommersemester 1954 mit 2 149 und im Wintersemester 1954/55 mit 1 914 Studierenden den niedrigsten Stand seit 1947. Dies erklärt sich zu einem Teil daraus, daß die infolge des Krieges unterbrochenen und in den ersten Nachkriegsjahren fortgesetzten bzw. verspätet aufgenommenen Studien nunmehr zum Abschluß

Tab. 1 Zahl der Studierenden¹

Semester	Studierende insgesamt		davon			
	zusammen	dar. weiblich	Deutsche	dar.		Ausländer weiblich
				weiblich	dar.	
Wintersemester 1951/52	2 582	448	2 557	440	25	8
Sommersemester 1952	2 598	442	2 564	437	34	5
Wintersemester 1952/53	2 235	389	2 187	380	48	9
Sommersemester 1953	2 319	418	2 263	408	56	10
Wintersemester 1953/54	2 011	366	1 941	355	70	11
Sommersemester 1954	2 149	420	2 060	406	89	14
Wintersemester 1954/55	1 914	349	1 777	332	137	17
Sommersemester 1955	2 316	431	2 166	413	150	18
Wintersemester 1955/56	2 086	386	1 888	373	198	13
Sommersemester 1956	2 784	588	2 589	571	195	17
Wintersemester 1956/57	2 558	503	2 301	483	257	20
Sommersemester 1957	3 379	729	3 095	701	284	28

1) ohne Beurlaubte und ohne Teilnehmer an Vorseminaren

gebracht werden konnten. Andererseits gehörten die erstimmatrikulierten Studierenden dieser Semester den schwächer besetzten Geburtsjahrgängen an. Vom Sommersemester 1955 ab nahm die Gesamtzahl der Studierenden zu; gleichzeitig stieg auch die Zahl der Erstima-

Tab. 2

Die deutschen Studierenden 1954/55 - 1957

Fachrichtungen	Deutsche Studierende im Wintersemester			Abnahme bzw. Zunahme in % Wintersemester 1956/57 gegenüber Wintersemester 1955/56	Anteil der Studierenden an den Fachrichtungen 1956/57 in %	Sommersemester 1957
	1954/55	1955/56	1956/57			
Ev. Theologie	73	81	70	- 14	3	105
Allgemeine Medizin	267	266	390	+ 47	17	563
Zahnmedizin	63	41	51	+ 24	2	79
Pharmazie	79	82	93	+ 13	4	100
Rechtswissenschaften	297	377	509	+ 35	22	731
Wirtschaftswissenschaften ¹	200	187	216	+ 16	9	236
Kulturwissenschaften ²	330	368	489	+ 33	21	677
Naturwissenschaften	395	406	417	+ 3	18	535
Landwirtschaft	73	80	66	- 18	3	69
insgesamt	1 777	1 888	2 301	+ 22	100	3 095

1) einschl. Handelslehrer 2) einschl. Sprachwissenschaften und Leibesübungen

trikultierten. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß etwa seit 1954 immer stärker besetzte Geburtsjahre in die Abschlußklassen der höheren Schulen vorrückten und daß dadurch auch die Zahl der für ein Studium in Frage kommenden Abiturienten größer wurde.

Wie sich die deutschen Studierenden auf die einzelnen Fachrichtungen verteilen, zeigt die Tabelle 2. Die höchsten Anteile weisen die Fachrichtungen Rechts-, Kultur- und Naturwissenschaften und die allgemeine Medizin auf. Die Zunahme der Zahl der Studierenden im Wintersemester 1956/57 gegenüber dem Wintersemester 1955/56 war am größten (47%) in der allgemeinen Medizin.

In der Tabelle 3 sind die deutschen Studierenden im Wintersemester 1956/57 und Sommersemester 1957 nach den Fachrichtungen, dem Geschlecht und den Studienanfängern aufgeliert.

Der Anteil der weiblichen Studierenden stieg im Wintersemester 1956/57 gegenüber dem Wintersemester 1955/56 von 20 auf 21% und in den

beiden Sommersemestern 1956 und 1957 von 22 auf 23%. Obgleich die Zahl der Erstmatriculierten in den Sommersemestern 1956 und 1957 mit rd. 700 gleich war, betrug ihr Anteil an der Gesamtzahl der Studierenden im Sommersemester 1957 jedoch nur 23% gegenüber 27% im Sommersemester 1956.

Die Hochschulstatistik für das Wintersemester 1956/57 wurde mit Rücksicht auf die von den Statistischen Landesämtern im Jahre 1957 zu erfüllenden größeren Aufgaben in verkürztem Umfang durchgeführt. Diese Beschränkung konnte erfolgen, da der Verband Deutscher Studentenwerke in Frankfurt/M. im Sommersemester 1956 eine Individualerhebung veranstaltete, in die die Studierenden aller deutschen Universitäten einbezogen waren. Deshalb wurden bei der Erhebung des Statistischen Landesamtes im Wintersemester 1956/57 Fragen nach den sozialen Verhältnissen, der Herkunft und dem Berufsziel der Studierenden nicht gestellt.

Die wichtigsten Zahlenangaben aus der Erhebung im Wintersemester 1955/56 werden auf Seite 20 ff. gebracht.

Immatrikulierte deutsche Studierende¹ nach Fachrichtungen
- Wintersemester 1956/57 und Sommersemester 1957 -

Fachrichtungen	Deutsche Studierende							
	Wintersemester 1956/57				Sommersemester 1957			
	insgesamt	weibliche Studierende	darunter		insgesamt	weibliche Studierende	darunter	
			Studienanfänger				Studienanfänger	
insgesamt			darunter weiblich	insgesamt			darunter weiblich	
Ev. Theologie	70	4	2	-	105	9	31	3
Allgemeine Medizin	390	105	12	6	563	157	87	30
Zahnmedizin	51	11	3	1	79	19	17	5
Pharmazie	93	59	16	6	100	60	20	10
Rechtswissenschaften	509	42	24	2	731	71	162	17
Wirtschaftswissenschaften ²	216	30	18	2	236	35	51	8
Kulturwissenschaften ³	489	166	23	7	677	261	197	94
Naturwissenschaften	417	65	9	4	535	88	126	19
Landwirtschaft	66	1	6	-	69	1	13	-
insgesamt	abs. 2 301	abs. 483	abs. 113	abs. 28	abs. 3 095	abs. 701	abs. 704	abs. 186
	in % 100	in % 21	in % 100	in % 25	in % 100	in % 23	in % 100	in % 26
dagegen								
WS. 1955/56 und SS. 1956	abs. 1 888	abs. 373	abs. 89	abs. 28	abs. 2 589	abs. 571	abs. 702	abs. 173
	in % 100	in % 20	in % 100	in % 31	in % 100	in % 22	in % 100	in % 25

1) ohne Beurlaubte und ohne Teilnehmer an Vorsemestern 2) einschl. Handelslehrer 3) einschl. Sprachwissenschaften und Leibesübungen

Herkunftsgebiete

Eine Aufgliederung der deutschen Studierenden nach Heimatgebieten ergab, daß

72 %	aus Schleswig-Holstein
26 %	aus anderen Ländern des Bundesgebietes
2 %	aus der sowjetischen Besatzungszone sowie aus Berlin (Ost) und Berlin (West)

stammten.

Die aus Schleswig-Holstein stammenden 1 364 Studierenden wurden nach ihrem Heimatkreis aufgegliedert. Fast zu gleichen Teilen entfielen die Studierenden auf die kreisfreien Städte (668) und die Landkreise (696). Wie nicht anders zu erwarten, stammten bei den kreisfreien Städten die meisten Studierenden (485) aus der Stadt Kiel, dem Sitz der Landesuniversität. Bei den Landkreisen ragen die an Kiel angrenzenden Kreise Plön (115) und Rendsburg (103) sowie der Kreis Schleswig (85) mit überdurchschnittlichen Studentenzahlen heraus. Aus den Kreisen Pinneberg und Stormarn kamen nur wenig Studierende an die Christian-Albrechts-Universität, da für diese Kreise die Universität Hamburg verkehrsmäßig günstiger liegt.

Beruf des Vaters und Finanzierung des Studiums

Die Frage nach dem Beruf des Vaters ist für

die Beurteilung der finanziellen Lage der Studentenschaft aufschlußreich. Sie wird ergänzt durch die weitere Frage nach der Finanzierung des Studiums.

Eine Aufgliederung der Studierenden nach dem Beruf des Vaters ergab, daß 36% aus akademischen und 64% aus nichtakademischen Kreisen stammten. Diese Anteile haben sich gegenüber dem Wintersemester 1954/55 nicht wesentlich verschoben.

Beruf des Vaters	Akademiker		Nichtakademiker	
	abs.	%	abs.	%
Beamter				
des höheren gehobenen mittleren und einfachen Dienstes	369	19,4	43	2,3
sonstiger (auch ehem. Wehrmächtsberufe)	-	-	168	8,8
	-	-	73	3,8
Angestellter leitender sonstiger Werkmeister	-	-	259	13,6
Freie Berufe und Selbständige	76	4,0	158	8,3
Arbeiter	-	-	107	5,6
Übrige	-	-	8	0,4
	231	12,1	359	18,8
	-	-	49	2,6
	-	-	5	0,3

Wie bei den früheren Erhebungen¹ wurde auch im Wintersemester 1955/56 die Frage nach der Finanzierung des Studiums der deutschen Studierenden gestellt. Das Ergebnis ist in den folgenden beiden Tabellen zusammengefaßt.

Tab. 4 Die deutschen Studierenden nach der Finanzierung des Studiums, dem Geschlecht und Bevölkerungsgruppen

Art der überwiegenden Finanzierung	Studierende insgesamt	und zwar							
		männliche weibliche		Vertriebene		Zugewanderte		Übrige ¹	
		Studierende		männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
		in %							
Unterstützung der Eltern	55	54	62	44	50	46	41	60	74
Öffentliche Mittel in Form verlorener Zuschüsse	15	15	14	29	27	19	26	7	4
Eigene Erwerbstätigkeit	20	22	13	20	13	23	15	23	13
Sonstige Finanzierung ²	10	10	11	7	10	12	19	10	9

1) das sind Studierende, die in den Ländern der Bundesrepublik beheimatet sind 2) Unter "Sonstige Finanzierung" fallen: Zuwendung dritter Personen oder Vereinigungen, öffentliche oder private Mittel, Versehrenrente und sonstige Renten, sonstige eigene Mittel, ohne Angabe

Mehr als die Hälfte der Studierenden finanzierte ihr Studium durch Unterstützung der Eltern, während ein Fünftel die erforderlichen Mittel durch eigene Erwerbstätigkeit beschaffte. 15% der Studierenden erhielten Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln in Form verlorener Zuschüsse.

Bei einer Aufgliederung der Studierenden nach den 3 Bevölkerungsgruppen Vertriebene, Zugewanderte und Übrige zeigen sich jedoch erhebliche Unterschiede. Während bei den Studierenden der Bevölkerungsgruppe "Übrige", das sind Studierende, die in den Ländern der Bundesrepublik beheimatet sind, bei den männlichen Studierenden drei Fünftel, bei den weiblichen sogar fast drei Viertel mit Hilfe der Eltern ihr Studium finanzieren, liegen diese Anteile bei den Vertriebenen und Zugewanderten zwischen 40 und 50%. Dementsprechend sind die Anteile dieser Gruppen bei der Inanspruch-

Tab. 5 Die deutschen Studierenden nach der Finanzierung des Studiums und Bevölkerungsgruppen

Art der überwiegenden Finanzierung	Studierende insgesamt	davon					
		Vertriebene		Zugewanderte		Übrige	
		abs.	%	abs.	%	abs.	%
Unterstützung der Eltern	1 056	225	21,3	145	13,7	686	65,0
Öffentliche Mittel in Form verlorener Zuschüsse	276	143	51,8	65	23,6	68	24,6
Eigene Erwerbstätigkeit	383	91	23,8	67	17,5	225	58,7
Übrige	190	38	20,0	44	23,2	108	56,8
Insgesamt	1 905	497	26,1	321	16,9	1 087	57,1

nahme öffentlicher Mittel in Form verlorener Zuschüsse höher. Diese Zahlen werden durch die in der Tabelle 5 vorgenommene Aufgliederung ergänzt. Hier sind für jede Finanzierungsart die absolute Zahl der Studierenden und die einzelnen Anteile der Bevölkerungsgruppen angegeben.

1) vergleiche: Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 8. Jahrgang, Heft 4/1956, Seite 117

Immatrikulierte ausländische Studierende¹ nach Fachrichtungen
- Wintersemester 1956/57 und Sommersemester 1957 -

Tab. 6

Fachrichtungen		Ausländische Studierende							
		Wintersemester 1956/57				Sommersemester 1957			
		insgesamt	weibliche Studierende	darunter		insgesamt	weibliche Studierende	darunter	
				Studienanfänger				Studienanfänger	
				insgesamt	darunter weiblich			insgesamt	darunter weiblich
Ev. Theologie	3	1	-	-	3	1	-	-	
Allgemeine Medizin	85	2	14	1	113	8	20	5	
Zahnmedizin	118	14	25	6	107	12	7	-	
Pharmazie	-	-	-	-	-	-	-	-	
Rechtswissenschaften	3	-	1	-	3	-	1	-	
Wirtschaftswissenschaften ²	12	1	2	-	15	-	3	-	
Kulturwissenschaften ³	11	1	-	-	19	6	4	2	
Naturwissenschaften	17	1	4	-	16	1	-	-	
Landwirtschaft	8	-	-	-	8	-	1	-	
insgesamt	abs. 257 in % 100	20 8	46 100	7 15	284 100	28 10	36 100	7 19	
dagegen									
WS. 1955/56 und SS. 1956	abs. 198 in % 100	13 7	46 100	2 4	195 100	17 9	27 100	2 7	

1) ohne Beurlaubte und ohne Teilnehmer an Vorsemestern 2) einschl. Handelslehrer 3) einschl. Sprachwissenschaften und Leibesübungen

Die an der Christian-Albrechts-Universität studierenden Ausländer

Die Tabelle 6 bringt eine Aufgliederung der an der Christian-Albrechts-Universität im Wintersemester 1956/57 und Sommersemester 1957 studierenden Ausländer nach den Fachrichtungen. Die Mehrzahl der Studierenden entfiel in beiden Semestern auf die Fachrichtungen allgemeine Medizin und Zahnmedizin.

Anlässlich der Erhebung im Wintersemester 1956/57 wurde bei den studierenden Ausländern die Staatsangehörigkeit in Verbindung mit den Studienbereichen erfragt.

Der weitaus größte Anteil der ausländischen

Studierenden kam aus europäischen Ländern und hier wiederum aus den nordischen Staaten, nämlich aus Norwegen 124, Schweden 13, Finnland 2 und Dänemark und Island 15 Studierende. Aus der Türkei kamen 11 und aus Griechenland 8 Studierende.

Neben den europäischen Staaten hatte Asien mit 66 den nächst höheren Anteil. Allein aus dem Iran kamen 38 Studierende.

Aus der Verbindung der Staatsangehörigkeit mit den Studienbereichen ist festzustellen, daß fast vier Fünftel der ausländischen Studierenden aus Europa zum Studienbereich allgemeine Medizin und Zahnmedizin zählen.

H. Klindt

Kurzberichte

Die Konsumgenossenschaften 1954-1956

Den Konsumgenossenschaften war der Start in den Jahren nach dem Kriege dadurch erschwert, daß sie nach ihrer Auflösung während des Krieges völlig neu anfangen mußten. So galt es für sie zunächst, ihren alten Platz im Wirtschaftsleben wiederzuerobern¹. Die dafür nötige Aufwärtsentwicklung hat auch in den Jahren 1954 - 1956 angehalten.

Die acht in Schleswig-Holstein tätigen Konsumgenossenschaften, zu denen hier als neunte die in Schleswig-Holstein gelegenen Verteilungsstellen der Hamburger "Produktion" gezählt werden, unterhielten Ende 1956 344 Verkaufsstellen, in denen 2 304 Personen beschäftigt

waren. Daneben wurden 8 Bäckereien mit 139 Beschäftigten und 2 Schlachtereien mit 66 Beschäftigten betrieben. Der Gesamtumsatz im Jahre 1956 erreichte fast die Grenze von 100 Mio DM.

Bei diesem Stand der Entwicklung lohnt ein Blick zurück. Vergleicht man mit 1950, also jenem Jahr, in dem die größten Kriegsfolgen überwunden waren, so zeigt sich, daß 1956 46% mehr Verkaufsstellen unterhalten wurden, und daß der Personalbestand sogar um 130% gewachsen ist. Die Zahl der Mitglieder dehnte sich um zwei Drittel aus. Der Umsatz von 1956 erreichte aber fast das Dreifache dessen von 1950.

Die durch dieses Wachstum erreichten Ver-

1) "Die Konsumgenossenschaften 1951 - 1953", Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 7. Jg., Heft 6, Juni 1955, S. 228

Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften 1954 - 1956
- Stand: 31. Dezember -

	1954	1955	1956
Anzahl der			
Konsumgenossenschaften	9	9	9
Verkaufsstellen	303	320	344
eigenen Herstellungsbetriebe	9	9	10
Beschäftigten	2 161	2 344	2 509
darunter in			
Herstellungsbetrieben	149	173	205
Mitglieder	86 110	91 335	93 502
davon			
Hausfrauen	38 189	41 298	42 807
gewerbliche Arbeiter	24 852	25 295	25 465
kaufmännische Angestellte	6 700	7 188	7 489
Arbeiter, Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst	7 517	8 056	8 246
aus freien Berufen	2 815	2 877	2 909
aus der Landwirtschaft	2 896	2 120	2 097
selbständige Gewerbetreibende und ohne Berufsangabe	3 141	4 501	4 489
Jahresumsatz in 1 000 DM	75 564	90 781	97 712
Durchschnittlicher Monatsumsatz je Verkaufsstelle in DM	21 266	24 139	24 485

besserungen werden noch deutlicher, wenn man Bezugswahlen bildet. Der Monatsumsatz je Verkaufsstelle lag im Durchschnitt des Jahres 1956 doppelt so hoch wie 1950. Gleichzeitig war die Beschäftigtenzahl je Verkaufsstelle von 4,3 auf 6,7 gestiegen. Jeder Beschäftigte setzte im Monatsdurchschnitt 1956 3 640 DM um, das sind 28% mehr als 1950. Da die Beschäftigtenzahl stärker als die Mitgliederzahl gewachsen ist, kamen 1956 nur noch 43 Mitglieder auf einen Beschäftigten. Das sind 17% weniger als 1950. Die Zahl der Mitglieder je Verkaufsstelle lag mit 292 allerdings 29% höher als 1950. Je Mitglied wurden 1956 rund 1 000 DM umgesetzt, also über die Hälfte mehr als 1950. Dabei sind die Gesamtumsätze auf die Mitglieder bezogen, also auch jene Umsätze, die durch Nichtmitglieder getätigt werden.

Auch im gesamten Bundesgebiet war die Entwicklung ähnlich günstig. Die Zahl der Verteilungsstellen nahm zwischen 1950 und 1956 um 37% und damit etwas weniger als in Schleswig-Holstein zu. Auch die Umsätze, die 1956

2,4 Mrd DM betragen, hatten eine Zuwachsrate, die mit 184% kleiner als die des Landes (+ 195%) war. Etwas günstiger entwickelte sich dagegen der Monatsumsatz je Verkaufsstelle (+ 107%), der aber mit 22 000 DM nicht die Höhe wie in Schleswig-Holstein erreichte. Merklich höher lagen aber die Umsätze je Kopf der Bevölkerung. Sie betragen 1950 17,72 DM und 1956 47,27 DM, was eine Zunahme von 167% bedeutet. In Schleswig-Holstein wurden 1950 nur 12,75 DM und 1956 43,00 DM je Kopf umgesetzt. Der Zuwachs betrug hier 237%, wodurch sich die absoluten Zahlen beider Gebiete stark angleichen. In dieser Entwicklung spiegelt sich die Bevölkerungsentwicklung, die im Bundesdurchschnitt aufwärts ging, während sie in Schleswig-Holstein stark rückläufig war. Berücksichtigt man für die obigen Zahlen die Preisbewegung, so steigen die preisbereinigten Kopfbeträge im Lande immerhin noch auf das Dreifache, während im Bundesdurchschnitt nur das 2 ¹/₃-fache erreicht wird.

Will man beurteilen, ob die Konsumgenossenschaften ihre alte Stellung wieder eingenommen haben, so muß man wenigstens bis ins Jahr 1932 zurückschauen, da dies das letzte Jahr einer ungestörten Tätigkeit war. Vergleichbare Zahlen liegen aber nur für 1929 vor. Damals setzten die Konsumgenossenschaften 21,40 RM je Kopf der Bevölkerung des Reichsgebietes um. Wenn man die Preisentwicklung ausschaltet und die Preise von 1929 zugrunde legt, so wurden 1955 in Schleswig-Holstein 28,30 DM und im Bundesdurchschnitt 30,90 DM umgesetzt. Diese Beträge liegen zwar um ein Drittel bzw. knapp die Hälfte höher, man muß aber berücksichtigen, daß sich überhaupt in dieser Zeit der Einzelhandelsumsatz je Kopf um etwa zwei Drittel erhöht hat. Die Konsumgenossenschaften haben diese Zuwachsrate trotz der günstigen Entwicklung der letzten Jahre noch nicht erreicht und ihren alten Marktanteil also noch nicht wiedergewonnen.

Sb.

Die Beherbergungskapazität in den Fremdenverkehrsorten

In jedem Jahr am 1. April werden in den Fremdenverkehrsorten die Beherbergungsstätten und ihre Einrichtungen gezählt. Dabei wurden 1957 in den 165 Fremdenverkehrsorten Schleswig-Holsteins 44 000 Betten ermittelt, die dem Fremdenverkehr in gewerblichen Betrieben zur Verfügung standen. Rund 2 400 weitere Betten in diesen Betrieben waren noch zweckentfremdet.

Von dieser verfügbaren Beherbergungskapazität standen 37 400 Betten in 2 200 Hotels, Gasthäusern, Pensionen und Fremdenheimen. Auf

8 Kurhäuser und Sanatorien entfielen 1 700 Betten, während die restlichen 4 900 in den 78 Erholungsheimen gezählt wurden. Bei diesen handelt es sich um Häuser, die nur einem bestimmten Personenkreis geöffnet sind. Meist sind es Heime für Angehörige einzelner Unternehmen oder für Mitglieder einer Krankenkasse.

Besonders in den Seebädern reicht dieses Übernachtungsangebot aber nicht aus, um den Gästestrom aufzunehmen. Deshalb werden auch von Privatvermietern Betten angeboten. Die Ermittlung ihrer Zahl ist besonders schwierig,

da sie von der Nachfrage, die erst nach dem Stichtag der Zählung ihren Höhepunkt erreicht, abhängt. Deshalb handelt es sich hier um Vorausschätzungen, deren Sicherheit jedoch mit zunehmender Erfahrung immer größer wird. Am 1. April 1957 wurden auf diese Weise rund 42 800 Betten in Privatquartieren festgestellt. Damit hat das Land 18% aller im Bundesgebiet angebotenen Privatbetten, während der Anteil an den Betten in Betrieben nur 7% beträgt.

In den Fremdenverkehrsorten gibt es außerdem noch 49 Jugendherbergen des deutschen Jugendherbergsverbandes mit 5 600 Betten und 158 Kinderheime mit 11 400 Betten.

In den beiden Großstädten Kiel und Lübeck arbeiten rund 100 Beherbergungsbetriebe mit 2 000 Betten. Für Großveranstaltungen stehen daneben noch rund 700 Privatbetten zur Verfügung. In den 4 Heilbädern Bad Bramstedt, Bad Schwartau, Bad Segeberg und Malente gibt es rund 100 Betriebe mit über 2 400 Betten. Allein über 2 100 entfallen auf Bad Bramstedt und Malente. Rund 600 Privatbetten runden die Kapazität ab. In den 65 Luftkur- und Erholungsorten spielt die Privatvermietung schon eine größere Rolle. Dort wurden 2 200 Privatbetten gezählt, die neben die 5 300 Betten in den 340 Betrieben treten. Außerdem unterhalten in diesen Orten 8 Kinderheime 660 Betten.

Rund zwei Drittel der gewerblichen Beherbergungskapazität des Landes entfallen auf die Seebäder. An der Nordsee boten 700 Betriebe 13 500 Betten an, neben denen noch 19 700 Privatbetten zur Verfügung standen. An der Ostsee gab es in 630 Betrieben 15 700 Betten. Die Zahl der Privatbetten wurde mit 18 700 etwas niedriger als an der Nordsee geschätzt. In den Seebädern befindet sich auch die große Masse der Kinderheime, nämlich 114 mit 8 200 Betten an der Nordsee und 34 mit 2 500 Betten an der Ostsee.

Die 53 sonstigen Fremdenverkehrsorte zählten in 440 Betrieben 5 100 Betten. Daneben standen in Privatquartieren fast 1 000 Betten zur Verfügung.

Der Vergleich mit der Zählung am 1. 4. 1956

ergibt, daß die Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden Betten von 79 000 auf 86 800 gestiegen ist. Dieser Zuwachs von 7 800 Betten ist zum Teil aber rein buchmäßig. Für einen Vergleich muß zunächst Westerland herausgenommen werden, für das erstmalig zum 1. 4. 1957 genauere Angaben vorliegen. An diesem Stichtag hatte es 192 Betriebe mit 3 450 Betten. Die Privatbetten schätzt die Kurverwaltung auf 8 500. Diese Zahl dürfte aber überhöht sein. Man darf vielmehr annehmen, daß 4 000 - 4 500 Privatbetten zur Verfügung stehen.

In den Beherbergungsbetrieben des Landes (ohne Westerland) gab es am 1. 4. 1957 40 600 Betten. Diese Zahl war gegenüber dem Vorjahr um 2 400 Bettengestiegen; davon entfielen allein rund 2 000 Betten auf die Seebäder.

Um den Zuwachs der Privatbetten abzuschätzen, geht man am besten nicht von der Zählung am 1. 4., sondern von den Übernachtungen in Privatquartieren in der Hochsaison aus. Zu diesem Zeitpunkt steht fest, wieviel Betten tatsächlich belegt werden. Die Erfassung, die dann über die Kurtaxzahlung erfolgt, ist zudem sicherer. Für den Sommer 1956 wurden auf diese Weise für die Nordseebäder (ohne Westerland) 13 700 und für die Ostseebäder 23 900 Betten ermittelt¹. Das gleiche Verfahren ergibt für den Sommer 1957 an der Nordsee 14 200 und an der Ostsee 24 400 Betten. Insgesamt dürften also rund 1 000 Betten mehr genutzt worden sein. Der Zugang von rund 4 400 Betten bei der Zählung am 1. 4. in den Seebädern (ohne Westerland) ist also zum größten Teil buchmäßig, nämlich auf eine bessere Erfassung zurückzuführen.

Die Zahl der Betten in den Kinderheimen fiel um fast 6% gegenüber dem Vorjahre. Absolut ging die Zahl um 670 Betten zurück, darunter 300 an der Ostsee. Auch an der Nordsee ging der Bestand um rund 400 Betten zurück, während die Kinderheime in den Luftkurorten 39 Betten mehr aufstellten. Die Änderungen in den Seebädern sind zum Teil auf Schließung ganzer Heime, zum Teil auch auf Bereinigungen des Berichtskreises zurückzuführen.

Sb.

1) "Der Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1956", Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 9. Jg., Heft 5, Mai 1957, S. 148

Der Anbau auf dem Ackerland 1957

Während die Getreidefläche gegenüber dem Vorjahr fast unverändert blieb, haben der Hackfruchtbau und besonders der Gemüse- und Ölfruchtbau zugenommen. Nach 8jähriger Anbaueinschränkung wurden erstmals wieder mehr Kartoffeln angebaut als im vorangegangenen Jahr. Dagegen wurden die Flächen der Hülsenfrüchte, verschiedener Handelsgewächse und

der Futterpflanzen eingeschränkt.

Insgesamt wurden 395 000 ha Getreide angebaut. Die Witterungsverhältnisse zu den Bestellungszeiten waren günstig, so daß das Wintergetreide genau wie im vorangegangenen Jahr im vorgesehenen Umfang angebaut werden konnte. Auswinterungen sind praktisch nicht vorgekommen. Innerhalb der Gesamtgetreidefläche ergab sich

Anbau auf dem Ackerland

Fruchtart und -gruppe	Durchschnitt 1935- 1939	1956	1957	Veränderung	Stand
				gegenüber	
				1956	Ø 1935- 1939
				in 1 000 ha	
Brotgetreide	178	208	205	- 1,6	115
Futtergetreide ¹	215	189	190	+ 0,8	89
Getreide insgesamt ¹	393	397	395	- 0,4	101
Hülsenfrüchte ²	22	7,9	6,1	- 22,3	28
Kartoffeln	35	50	53	+ 6,4	151
Zuckerrüben ³	1,3	13	13	+ 0,1	991
Übrige Hackfrüchte (Futterrüben, Kohlrüben usw.) ³	53	55	54	- 1,1	102
Hackfrüchte insgesamt ³	89	118	120	+ 2,2	135
Gemüse ⁴	8,6	8,9	11	+ 27,0	133
Raps und Rübsen	6,4	9,1	17	+ 86,9	264
Rübensamen	0,2	3,0	4,0	+ 33,5	1 641
Übrige Handelsgewächse	1,0	2,5	2,1	- 18,5	216
Handelsgewächse insges. ⁵	7,6	15	23	+ 57,7	301
Futterpflanzen	164	121	116	- 4,0	71
Brache usw.	8,0	1,7	1,8	+ 5,0	22
Ackerland insgesamt	691	669	674	+ 0,8	97 ^a

1) einschl. Körnermais 2) einschl. Buchweizen 3) ohne Rüben zur Samengewinnung 4) Gemüse, Erdbeeren, Blumen und Zierpflanzen 5) einschl. Rüben zur Samengewinnung

a) Der zahlenmäßige Rückgang der Ackerfläche gegenüber der Vorkriegszeit beruht im wesentlichen auf

1. methodischen Veränderungen infolge Herausnahme der Knicks und Gräben aus der landwirtschaftlichen Nutzfläche seit 1948
2. tatsächlicher Umwandlung, vor allem in Gartenland

eine geringe Verschiebung vom Brotgetreide zum Futtergetreide, jedoch überwiegt weiterhin das Brotgetreide. Während der Roggenanbau um 4 000 ha zurückging, wurde Weizen geringfügig mehr angebaut. Stark erweitert wurde der Anbau von Gerste, und zwar besonders der von Sommergerste. Demgegenüber wurde weniger Sommergetreide und besonders weniger Hafer angebaut.

Hülsenfrüchte wurden mit insgesamt 6 000 ha um rund ein Fünftel weniger angebaut als im vorigen Jahr.

Der Kartoffelanbau hat gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Seit 1948, als der Kartoffelanbau in Schleswig-Holstein mit rund 86 000 ha seine größte Ausdehnung hatte, waren bis 1956 von Jahr zu Jahr weniger Kartoffeln angebaut

worden. Mit 50 000 ha war dann im vorigen Jahr ein Tiefstand erreicht, der trotzdem noch über 40% höher war als im Durchschnitt der 5 letzten Vorkriegsjahre. Seitdem ist die Anbaufläche nunmehr wieder um über 3 000 ha größer geworden. Dabei hat der Anbau mittelfrüher Sorten stärker zugenommen als der Spätkartoffelanbau, so daß die Fläche der mittelfrühen Kartoffeln nunmehr erstmalig geringfügig überwiegt. Die flächenmäßigen Veränderungen im Frühkartoffelanbau sind unbedeutend. Völlig unverändert gegenüber dem Vorjahr blieb die Zuckerrübenfläche. Nach der starken Anbauausdehnung in den ersten Jahren nach der Währungsreform hält sich der Zuckerrübenanbau damit seit 1954 zwischen 13 000 und 14 000 ha. Auch bei den Futterhackfrüchten gab es insgesamt nur geringe Veränderungen. Etwas vergrößerten Kohlrüben- und Möhrenflächen standen Abnahmen bei den Futterrüben und beim Futterkohl gegenüber.

Erheblich ausgeweitet wurden dagegen der Rübensamen- und der Gemüseanbau. Mit insgesamt 4 000 ha war die Rübensamenfläche um ein Drittel größer als 1956. Der Gemüseanbau war im vorigen Jahr etwas eingeschränkt worden. Mit fast 11 400 ha hat er nunmehr wieder einen sehr hohen Stand erreicht.

Wie erwartet hat der Ölfruchtanbau weiterhin kräftig zugenommen. Mit insgesamt 16 900 ha haben Raps und Rübsen zur Zeit eine größere Verbreitung als in jedem anderen Nachkriegsjahr. Fast restlos aufgehört hat dagegen der Flachs-anbau. Nachdem die Rüste ihren Betrieb eingestellt hatte, entfielen für die Anbauer die Verwertungsmöglichkeiten. Tabak wurde um ein Fünftel weniger angebaut als 1956.

Die Kleeflächen haben sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Bei allen anderen Futterpflanzen gab es dagegen Anbaueinschränkungen, so daß insgesamt mit 116 000 ha um 5 000 ha weniger Futterpflanzen vorhanden sind als im Vorjahr.

Vergleiche auch: "Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Bodennutzung" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 9. Jahrgang, Heft 2, Februar 1957, Seite 35 ff. und Heft 3, März 1957, Seite 78 ff.

Mo.

TABELLENTEIL

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe*	Einheit	1950	1956	1956			1957			
		Monats-Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung insgesamt	1000	2 611	2 254 ^a	2 252	2 251	2 251	2 264	p2 264
darunter										
Vertriebene ¹⁾										
*absolut	1000	856 ^b	624	636	635	635	638	p 638
in % der Wohnbevölkerung		33,0	27,7 ^c	28,2	28,2	28,2	28,2	p 28,2
Zugewanderte ²⁾										
*absolut	1000	135 ^b	135 ^d
in % der Wohnbevölkerung		5,2	5,9
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ³⁾										
*absolut		2 078	1 502	1 340	1 261	1 721	965	1 319
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		9,6	8,1 ^c	7,0	6,6	9,0	5,2	6,9
Lebendgeborene ⁴⁾										
*absolut		3 447	2 686	2 645	2 512	2 579	2 841	2 705
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		15,8	14,5 ^c	13,8	13,1	13,5	15,3	14,1
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)										
insgesamt										
*absolut		2 059	2 102	1 956	2 045	2 153	1 970	2 547
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		9,5	11,3 ^c	10,2	10,7	11,3	10,6	13,2
darunter										
im ersten Lebensjahr										
*absolut		172	100	92	97	100	84	77
*je 100 Lebendgeborene		5,0	3,7	3,5	3,9	3,9	3,0	2,8
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*absolut		+1 388	+ 585	+ 689	+ 467	+ 426	+ 871	+ 158
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		+ 6,4	+ 3,1 ^c	+ 3,6	+ 2,4	+ 2,2	+ 4,7	+ 0,8
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		5 323	5 614	5 617	6 268	5 216	6 421	7 240
darunter										
Vertriebene		2 173	1 602	1 649	1 713	1 460	1 899	2 201
Zugewanderte		.	961	796	848	592	904	993
*Fortzüge über die Landesgrenze		14 284	6 702	6 862	6 994	5 647	5 988	7 308
darunter										
Vertriebene		9 662	2 308	2 208	2 242	1 965	1 909	2 247
Zugewanderte		.	709	637	644	499	577	630
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		-8 961	-1 088	-1 245	- 726	- 431	+ 433	- 68
darunter										
Vertriebene		-7 489	- 706	- 559	- 529	- 505	- 10	- 46
Zugewanderte		.	+ 252	+ 159	+ 204	+ 93	+ 327	+ 363
*Umzüge innerhalb des Landes ⁶⁾		11 614	10 155	10 565	11 554	8 473	8 656	11 132
Wanderungsfälle ⁶⁾										
insgesamt										
absolut		31 221	22 471	23 044	24 816	19 336	21 065	25 680
je 1000 Einw. und 1 Jahr ⁷⁾		200	176	174	197	145	160	191
darunter										
Umsiedler		6 329 ^a	1 276	1 416	1 079	1 354	752	868	852	1 137
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	842	974	632	909	483	619	539	685
Baden-Württemberg		2 602	81	73	104	113	96	66	35	67
Rheinland-Pfalz		2 928	36	34	29	54	18	7	13	9
Hessen		238	20	24	37	38	9	16	20	12
Hamburg		41	285	311	273	220	146	160	245	364
Bremen		9	12	-	4	20	-	-	-	-
Arbeitslose										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁸⁾	1000	624 ⁺	705 ⁺	.	.	686	757	.	.	699
darunter										
*Männer	1000	429 ⁺	477 ⁺	.	.	456	505	.	.	457
*Arbeitslose										
insgesamt										
absolut	1000	210	73	46	58	93	34	33	41	91
je 100 Arbeitnehmer		25,2	9,3	5,8	7,3	11,9	4,3	4,2	5,1	11,5
darunter										
*Männer	1000	146 ⁺	44 ⁺	24	34	64	18	17	23	67
Vertriebene	1000	119 ⁺	27 ⁺	.	.	33	11	.	.	30

) Die mit einem vorangestellten Stern () versehenen Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den s. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Personen, die am 1. September 1939 in Berlin, der sowjetischen Besatzungszone oder im Saarland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mütter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte a) Mittel aus der zurückgeschriebenen Bevölkerung am 1.1. und der fortgeschriebenen Wohnbevölkerung am 31.12.56 b) am 13.9.1950 (Volkszählung) c) auf Normaljahr berechnet (365 Tage) d) am 30.6.1956 e) ohne Anrechnungsfälle f) Vertriebene und Zugewanderte

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1956	1956			1957			
		Monats-Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 ^g	1 072 ^g	.	.	1 072	.	.	.	p1 093
darunter										
*Milchkühe	1000	458 ^g	431 ^g	.	.	431	.	.	.	p 430
*Schweine	1000	1 031 ^g	1 210 ^g	.	.	1 210	1 373 ^h	.	.	p1 298
darunter										
*Zuchtsauen	1000	107 ^g	122 ^g	.	.	122	138 ^h	.	.	p 135
darunter										
*tächtig	1000	68 ^g	78 ^g	.	.	78	84 ^h	.	.	p 85
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	11	17	19	12	21	30	20	...
*Kälber	1000 St	14	7	10	9	10	3	7	8	...
*Schweine	1000 St	45	70	65	85	100	62	67	95	...
darunter										
*Hausschlachtungen ⁹⁾	1000 St	18 ⁱ	15 ^j	5	31	47	22	6	33	...
*Gesamtschlachtgewicht										
(einschl. Schlachtfette)	1000 t	5,0	7,9	10,2	9,6	8,1	10,7	13,1	10,5	...
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	2,4	3,9	4,0	2,7	4,8	7,0	4,2	...
*Schweine	1000 t	2,6	5,1	5,8	5,0	4,8	5,5	5,6	5,8	...
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	225	230	236	227	230	237	235	...
*Kälber	kg	26	40	34	34	41	50	35	36	...
*Schweine	kg	98	93	97	94	91	91	92	93	...
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	132	98	99	113	107	95	105	...
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,2	7,4	7,8	8,6	8,3	7,1	8,1	...
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	86	86	85	84	83	87	84	84	...
INDUSTRIE¹⁰⁾										
*Beschäftigte	1000	109	158	164	162	157	172	172	170	...
darunter										
*Arbeiter ¹¹⁾	1000	91	132	138	136	131	144	144	143	...
*Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	1000	18 055	24 636	26 468	21 434	19 402	26 607	26 853	26 597	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	20,4	44,5	47,4	37,1	36,6	52,0	52,6	53,3	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	5,6	13,0	13,3	13,4	15,4	14,6	14,7	15,0	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE ¹³⁾	81	78	86	74	76	82	94	90	...
Gasverbrauch	1000 Nm ³	.	11 050	12 829	6 257	6 021	12 726	12 997	12 271	...
Heizölverbrauch	1000 t	.	26	29	29	24	30	27	27	...
*Stromverbrauch	Mio kWh	30	61	67	47	53	71	76	76	...
*Stromerzeugung (netto) der ind. Eigenanlagen	Mio kWh	11	19	23	20	19	21	24	25	...
*Umsatz ¹⁴⁾	Mio DM	201	404	454	423	370	466	508	549	...
darunter										
*Auslandsumsatz	Mio DM	10	52	69	46	24	69	64	106	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion										
einschl. Energie und Bau	1950=100	115 ^k	197	209	201	183	229	225	235	...
darunter Erzeugnisse des/der										
Erdölgewinnung		107	524	544	551	576	590	606	594	...
Industrie der Steine und Erden		111	176	203	169	134	211	200	191	...
Hochofen- und Stahlwerke		106	131	163	95	97	183	185	164	...
Eisen-, Stahl- u. Tempergießereien		99	130	131	115	92	147	141	140	...
Mineralölverarbeitung		117	581	434	614	547	654	591	477	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		122	580	561	555	567	650	599	677	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		94	134	151	146	118	135	127	132	...
papierherstellende Industrie		102	234	238	244	234	261	246	259	...
Schiffbaues		126	255	236	65	65	297	r 270	315	...
Maschinenbaues		134	239	228	189	169	294	r 281	296	...
elektrotechnischen Industrie		144	327	314	269	247	479	r 359	392	...
feinmechan. u. optischen Industrie		159	505	502	570	519	420	566	518	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		119	150	154	176	168	178	r 162	167	...
lederherstellende Industrie		97	113	131	137	110	127	r 120	143	...
Schuhindustrie		102	183	199	196	170	213	209	242	...
Textilindustrie		118	199	225	242	202	228	235	246	...
Bekleidungsindustrie		115	134	163	179	123	164	165	176	...
Fleischwarenindustrie		137	171	189	211	185	185	r 189	207	...
fischverarbeitenden Industrie		143	222	341	309	214	268	237	225	...
Molkereien u. Milchverarb. Industrie		102	105	71	76	89	85	73	88	...
tabakverarbeitenden Industrie		114	184	205	207	187	228	209	229	...
Bauproduktion		92	158	184	181	148	194	184	191	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto) d. öffentl. Kraftwerke	Mio kWh	66	98	109	108	106	108	112	127	...
*Stromverbrauch ¹⁵⁾	Mio kWh	70	117	126	124	130	133	143	149	...
*Gaserzeugung (brutto) der öffentl. Werke ¹⁶⁾	Mio cbm	11	16	16	16	17	16	17	17	...

9) gewerbliche Schlachtungen 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 11) einschl. gewerblicher Lehrlinge 12) einschl. Lehrlingsstunden 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 15) einschl. Verluste 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases g) Dezember h) Repräsentativ-Erhebung i) ø Winterhalbjahr 1950/51 = 35 j) ø Winterhalbjahr 1956/57 = 28 k) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: 1951

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1956	1956			1957			
		Monats-Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe ¹⁷⁾										
*Beschäftigte		39 835	48 594	55 560	52 256	37 347	57 821	58 267	57 082	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 800	8 728	10 537	9 476	7 475	9 891	10 059	9 557	...
darunter										
*für Wohnungsbauten	1000	3 278	4 233	4 940	4 479	3 586	4 576	4 521	4 352	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	8,5	17,2	21,0	19,1	16,0	21,9	22,5	21,5	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	0,5	1,1	1,1	1,1	1,3	1,2	1,2	1,2	...
*Umsatz	Mio DM	24,3	53,5	66,4	60,9	64,6	63,3	71,1	64,7	...
Baugenehmigungen ¹⁸⁾										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) ¹⁹⁾		726	751	750	918	720	1 049	821	842	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	337	320	332	306	439	415	449	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mio DM	22,2	37,9	46,2	48,1	46,8	46,1	50,9	57,1	...
darunter für Wohngebäude	Mio DM	16,9	27,8	29,1	35,0	35,5	38,3	36,3	45,8	...
*Umbauter Raum in allen Gebäuden (ohne Gebäudeteile)	1000 cbm	757	769	765	898	912	868	1 168	1 096	...
darunter *in Wohngebäuden	1000 cbm	536	527	512	637	664	654	768	757	...
*Wohnungen ²⁰⁾		2 306	1 857	1 751	2 275	2 497	2 049	1 798	2 345	...
darunter *in ganzen Wohngebäuden		2 061	1 646	1 590	2 108	2 336	1 852	1 601	2 187	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen ²¹⁾		1 478	1 919	2 099	2 423	9 595	1 862	2 110	2 450	...
Wohnräume ²²⁾		4 926	6 994	7 730	8 476	35 313	6 710	7 817	8 851	...
HANDEL										
Index der Einzelhandelsumsätze										
*insgesamt	1956=100	.	.	100	106	153	101	111	115	...
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		.	.	97	98	129	100	105	109	...
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	.	103	124	200	91	117	126	...
*Hausrat und Wohnbedarf		.	.	104	122	181	113	130	134	...
*Sonstige Waren		.	.	100	99	145	107	112	111	...
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 VE ²³⁾	824	397	455	463	316	206	288	409	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 VE	1 309	1 422	1 410	1 086	1 968	2 195	1 774	2 388	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	5 858	7 238	5 392	4 565	5 882	8 133	7 293	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	24 117	27 610	31 090	28 345	31 214	33 216	30 337	...
Ausfuhr nach Warengruppen ²⁴⁾										
*insgesamt	Mio DM	7,2	59,9	94,6	42,2	37,9	66,7	60,4	74,4	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mio DM	0,7	5,6	4,6	6,2	6,3	4,4	4,7	5,9	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mio DM	6,5	54,4	90,0	35,9	31,6	62,3	55,7	68,5	...
davon										
*Rohstoffe	Mio DM	0,2	1,8	1,7	1,6	1,7	1,7	2,3	2,1	...
*Halbwaren	Mio DM	2,3	4,5	4,3	3,9	3,5	4,9	4,9	5,9	...
*Fertigwaren	Mio DM	4,0	48,0	84,0	30,4	26,4	55,7	48,4	60,5	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mio DM	0,5	2,9	3,0	3,0	2,9	2,9	3,2	2,9	...
*Enderzeugnisse	Mio DM	3,5	45,1	80,9	27,4	23,5	52,8	45,2	57,6	...
* Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern ²⁴⁾										
Liberia	Mio DM	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	11,0	12,8	...
Niederlande	Mio DM	0,6	3,7	5,3	2,3	4,4	14,9	5,1	11,9	...
UdSSR	Mio DM	-	11,5	23,3	0,0	0,3	0,2	0,6	9,8	...
Schweden	Mio DM	0,6	2,8	2,4	2,8	2,1	3,0	3,3	3,9	...
Dänemark	Mio DM	0,8	3,2	7,1	2,8	3,1	3,1	3,9	3,7	...
Belgien	Mio DM	0,5	1,0	1,0	1,0	0,8	1,6	2,3	2,6	...
Italien	Mio DM	0,2	1,6	1,6	1,3	1,5	2,4	2,6	2,5	...
Argentinien	Mio DM	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	1,0	1,3	2,1	...
VERKEHR										
Seeschifffahrt ²⁵⁾										
Güterempfang	1000 t	141	p 319	406	365	260	476	388	351	...
Güterversand	1000 t	86	p 115	103	106	132	110	94	85	...
Binnenschifffahrt ²⁴⁾										
*Güterempfang	1000 t	.	109	152	122	116	109	129	137	...
*Güterversand	1000 t	.	155	183	159	126	179	165	167	...
Nord-Ostsee-Kanal ²⁶⁾										
Schiffsverkehr										
Schiffe		3 939	5 200	6 295	5 838	5 315	6 214	6 070	5 763	...
darunter deutsche	%	64,0	61,7	61,2	61,1	59,9	64,0	62,2	60,8	...
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	2 633	2 976	2 786	2 785	2 906	3 081	3 152	...
darunter deutscher Anteil	%	23,3	29,6	31,4	30,5	25,9	32,2	31,1	28,3	...

17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet); September bis November 1957 = vorläufige Zahlen
 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 19) bis 1955 Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude, ab 1956 nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950 - 1955 Normal- und Notwohnungen; ab 1956 nur Normalwohnungen 21) 1950: Normal- und Notbau; 1956 - 1957: Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) VE = Verrechnungseinheiten 24) 1957 = vorläufige Zahlen 25) Monatsangaben 1956/57 = vorläufige Zahlen 26) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe"

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1956	1956			1957			
		Monats-Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
noch: VERKEHR										
noch: Nord-Ostsee-Kanal										
Güterverkehr										
Gesamtverkehr	1000 t	2 492	3 922	4 618	4 299	4 428	4 253	4 436	4 443	...
darunter										
auf deutschen Schiffen	%	20,1	31,8	32,7	32,7	28,2	33,0	33,1	30,7	...
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	1 999	2 149	2 133	2 373	2 046	2 170	2 313	...
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	1 924	2 469	2 166	2 055	2 208	2 265	2 130	...
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
*insgesamt		1 244	2 485	2 424	1 904	1 850	2 421	2 822	2 420	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	508	176	107	70	220	147	82	...
*Personenkraftwagen		398	1 317	1 445	1 182	1 218	1 416	1 854	1 681	...
*Kombinationskraftwagen		.	97	89	91	88	89	82	84	...
*Lastkraftwagen		247	261	263	229	208	256	250	248	...
Stroßenverkehrsunfälle										
*Unfälle insgesamt		826	1 900	2 183	2 000	1 935	2 255	2 267	p1 892	p2 424
davon										
*nur mit Personenschaden		417	118	127	88	106	120	117	p 115	p 87
mit Personen- und Sachschaden			742	829	738	643	744	734	p 654	p 645
nur mit Sachschaden		409	1 040	1 227	1 174	1 186	1 391	1 416	p1 123	p1 692
*Getötete Personen 27)		17	36	47	48	30	31	25	p 36	p 41
*Verletzte Personen		493	1 052	1 135	974	927	1 051	1 062	p 905	p 941
Fremdenverkehr 28)										
*Fremdenmeldungen	1000	44 ^m	100 ^m	69	52	38	103	70	54	...
darunter										
*Auslandsgäste	1000	2 ^m	15 ^m	9	4	4	17	8	6	...
*Fremdenübernachtungen 28)	1000	221 ^m	571 ^m	222	163	119	564	236	170	...
darunter										
*Auslandsgäste	1000	5 ^m	32 ^m	15	8	7	30	13	10	...
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) 29)										
*Kredite an Nichtbanken	Mio DM	741 ⁿ	2 392 ⁿ	2 352	2 393	2 392	2 604	2 612	2 639	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mio DM	441 ⁿ	864 ⁿ	887	875	864	866	858	861	...
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	428 ⁿ	858 ⁿ	881	869	858	862	853	857	...
*Mittel- und langfristige Kredite	Mio DM	299 ⁿ	1 528 ⁿ	1 465	1 518	1 528	1 737	1 754	1 778	...
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	263 ⁿ	1 303 ⁿ	1 248	1 298	1 303	1 509	1 521	1 540	...
*Einlagen der Nichtbankenkundschaft insgesamt 29)	Mio DM	408 ⁿ	1 476 ⁿ	1 439	1 452	1 476	1 783	1 799	1 811	...
darunter										
*von Wirtschaft und Privaten	Mio DM	231 ⁿ	616 ⁿ	608	614	616	833	840	824	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mio DM	131 ⁿ	704 ⁿ	680	680	704	813	826
darunter										
*bei Sparkassen	Mio DM	94 ⁿ	470 ⁿ	457	457	470	537	546	553	...
*Gutschriften auf Sparkonten	Mio DM	9	38	36	32	79	40	44
*Lastschriften auf Sparkonten	Mio DM	7	30	28	32	55	27	30
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	15	9	17	18	10	16	8	...
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	3	4	1	1	2	4	2	...
Wechselproteste	Anzahl	682	1 136	1 163	977	1 015	695	818
	Wert	517	697	929	717	728	470	611
OFFENTLICHE FÜRSORGE 30)										
* Laufend Unterstützte in der offenen Fürsorge										
*Parteien	1000	56 ^q	47 ^q	.	.	50 ^t	46 ^u
Personen										
*absolut	1000	90 ^q	67 ^q	.	.	71 ^t	64 ^u
*je 1 000 Einwohner		34,9 ^q	29,4 ^q	.	.	31,4 ^t	28,1 ^u
Aufwand 31)										
insgesamt										
*absolut	1000 DM	15 499 ⁺	20 771 ⁺	.	.	22 699 ^v	19 332 ^w
je Einwohner	DM	6,02 ⁺	9,15 ⁺	.	.	10,08 ^v	8,55 ^w
darunter für										
Offene Fürsorge										
*Laufende Unterstützung	1000 DM	7 388 ⁺	7 976 ⁺	.	.	8 005 ^v	7 681 ^w
Einmalige Unterstützung	1000 DM	.	1 923 ⁺	.	.	2 752 ^v	1 759 ^w
*Geschlossene Fürsorge	1000 DM	3 900 ⁺	7 300 ⁺	.	.	7 163 ^v	7 093 ^w

+) = Vierteljahresdurchschnitt

27) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 28) 1957 = vorläufige Zahlen

29) Monatszahlen: Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 30) einschl. Tbo-Hilfe 31) einschl. Sonderleistungen

m) 1950 (1. Vierteljahr geschätzt): Angaben aus 110 Fremdenverkehrsgemeinden, für das Sommerhalbjahr Mts.-β = 61 000 Fremdenmeldungen mit 377 000 Übernachtungen; ab 1956: Angaben aus 165 Fremdenverkehrsgemeinden, für das Sommerhalbjahr 1956 Mts.-β = 149 000 Fremdenmeldungen mit 986 000 Übernachtungen n) Stand: 31. 12. q) aus 4 Stichtagen t) Stand: 31. 12. 1956

u) Stand: 30. 9. 1957 v) 3. Rechnungsvierteljahr 1956 w) 2. Rechnungsvierteljahr 1957

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1956	1956			1957			
		Monats-Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
STEUERN ³²⁾										
* Bundessteuern	1000 DM	44 667	71 977	80 200	72 096	74 908	82 646	79 826	79 954	79 095
davon										
* Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1000 DM	14 580	27 080	29 500	27 686	27 610	30 705	30 492	31 654	27 685
* Beförderungsteuer	1000 DM	281	858	965	902	822	1 055	1 080	1 013	876
* Zölle	1000 DM	1 381	6 444	7 809	7 228	6 717	5 516	7 324	8 003	7 164
* Verbrauchsteuern darunter	1000 DM	27 474	35 537	39 953	35 871	37 947	44 085	40 927	38 847	42 000
* Tabaksteuer	1000 DM	22 295	28 503	32 157	29 176	31 741	37 203	32 913	32 331	34 098
* Notopfer Berlin ³³⁾	1000 DM	951	2 058	1 973	408	1 811	1 285	3	439	1 371
außerdem										
* Lastenausgleichsabgaben ³⁴⁾	1000 DM	5 569	6 503	5 105	11 983	3 241	1 501	4 022	11 476	2 828
* Landessteuern ³⁵⁾	1000 DM	14 273	34 514	26 454	22 891	60 301	58 149	24 463	28 250	64 702
darunter										
* Lohnsteuer	1000 DM	3 467	11 505	15 175	11 279	15 338	12 777	14 689	14 890	13 178
* Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	12 608	3 876	3 819	30 087	28 366	4 081	2 681	32 014
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	374	195	155	626	173	204	64	817
* Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	3 646	1 501	48	8 778	11 022	- 592	2 349	12 618
* Vermögensteuer	1000 DM	268	1 450	603	2 981	690	555	438	3 238	496
* Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	2 723	2 749	2 543	2 621	3 060	3 160	2 949	3 286
* Biersteuer	1000 DM	248	305	354	320	274	554	498	338	356
Gemeindesteuern										
* Realsteuern insgesamt	1000 DM	26 416 ⁺	45 952 ⁺	44 218 ^y	.	.	48 066 ^y
davon										
* Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 555 ⁺	6 772 ^y	.	.	6 887 ^y
* Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	10 938 ⁺	10 705 ^y	.	.	11 344 ^y
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	9 066 ⁺	25 181 ⁺	23 283 ^y	.	.	25 950 ^y
* Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 ⁺	3 279 ⁺	3 458 ^y	.	.	3 885 ^y
* Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 ⁺	5 296 ⁺	5 241 ^y	.	.	5 538 ^y
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	107	107	110	110	104	103	p 103	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	129	129	131	132	132	133	p 133	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1950=100	100	121	122	123	124	124	124	124	...
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51 =100	100 ^z	127 ^a	125	126	128	133	p 132	p 132	...
Wohnungsbaupreise	1936=100	191	255	.	257
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1950/51 =100	100 ^z	121 ^a	.	119	.	121	121	p 121	...
Einzelhandelspreise	1950=100	100	106	106	107	107	110	110	110	...
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁶⁾	1950=100	100	113	113	114	114	116	117	117	118
darunter										
Ernährung	100	119	119	119	120	120	122	124	125	125
Wohnung	100	117	118	118	118	118	119	119	119	119
Heizung und Beleuchtung	100	132	134	135	135	136	138	138	138	139
Bekleidung	100	97	98	98	98	98	102	103	103	103
Hausrat	100	105	106	106	106	107	110	110	111	111
LOHNE DER INDUSTRIEARBEITER ³⁷⁾										
Durchschnittliche Brutto-Wochenverdienste										
* Männer	DM	64,16	102,12	.	101,89
darunter										
* Facharbeiter (Leistungsgruppe 1)	DM	68,90	110,40	.	110,11
* Frauen	DM	37,09	59,05	.	61,41
Durchschnittliche Brutto-Stundenverdienste										
* Männer	Pf	130,4	205,3	.	209,5
darunter										
* Facharbeiter (Leistungsgruppe 1)	Pf	139,8	220,5	.	225,9
* Frauen	Pf	80,8	126,3	.	130,8
Durchschnittliche Wochenarbeitszeit										
* Männer	Std	49,2	49,7	.	48,6
* Frauen	Std	45,9	46,8	.	46,9

+) = Vierteljahresdurchschnitt

32) Rechnungsjahr 33) ohne Abgabe auf Postsendungen 34) 1950 nur Soforthilfe-Abgaben 35) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer 36) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinnahmen 37) Effektivverdienste, nach der vierteljährlichen Lohnsummenstatistik y) 1. 7. - 30. 9. z) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juli - Juni)

a) Wirtschaftsjahr 1956/57 (Juli - Juni)

b) Jahreszahlen

Art der Angabe	1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT									
Wohnbevölkerung insgesamt	JD	1000	2 611	2 521	2 458	2 385	2 325	2 290	2 271 ^B
darunter									
Vertriebene ²⁾									
absolut	JD	1000	912	839	754	699	653	630	618 ^B
in % der Wohnbevölkerung			34,9	33,3	30,7	29,3	28,1	27,5	27,2
Zugewanderte ³⁾									
absolut	JD	1000	104	101	131	131	132	132	135 ^B
in % der Wohnbevölkerung			4,0	4,0	5,3	5,5	5,7	5,8	5,9
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁴⁾	30.9.	1000	650	633	653	667	683	716	741
darunter in den Wirtschaftsbereichen									
Land- und Forstwirtschaft	30.9.	1000	104	97	95	92	88	86	81
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30.9.	1000	260	249	264	279	294	318	334
Handel und Verkehr	30.9.	1000	121	123	130	134	140	148	158
Arbeitslose									
insgesamt									
absolut	30.9.	1000	178	157	119	90	75	57	45
je 100 Arbeitnehmer	30.9.		21,5	19,9	15,4	11,9	9,9	7,4	5,7
darunter									
Dauerarbeitslose ⁵⁾	30.9.	1000	58	72	58	44	35 ^b	16 ^b	17 ^b
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR									
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen ⁶⁾⁷⁾									
absolut	1.5.	1000	467	436	407	384	359	346	330
je 1 000 Einwohner	1.5.		177	172	165	160	154	151	145
INDUSTRIE⁸⁾									
Beschäftigte									
absolut	JD	1000	109	115	119	126	136	148	158
je 1 000 Einwohner			41,7	45,7	48,2	52,7	58,4	64,4	69,5
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mio DM	245	301	334	378	424	488	534
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mio DM	68	80	92	103	117	134	156
Umsatz ⁹⁾	JS	Mio DM	2 416	3 054	3 212	3 371	3 747	4 223	4 840
darunter									
Auslandsumsatz	JS	Mio DM	115	258	322	363	551	581	627
Index der industriellen Produktion einschl. Energie und Bau		1950=100	100	115	123	141	163	182	197
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN									
Baufertigstellungen									
Wohnungen ¹⁰⁾									
absolut	JS	1000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9	18,3	23,0
je 1 000 Einwohner			6,9	8,1	7,4	8,8	8,6	8,0	10,1
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	.	.	70,8	67,1	56,4	58,7
Wohnräume ¹¹⁾									
absolut	JS	1000	59,1	69,5	60,5	69,4	69,9	67,9	83,9
je 1 000 Einwohner			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3	29,8	37,0
HANDEL									
Index der Einzelhandelsumsätze insgesamt		1955=100	100	108
Ausfuhr nach Warengruppen									
absolut	JS	Mio DM	86,9	232,6	314,2	374,6	509,5	580,9	719,3
in % des Bundes			1,0	1,6	1,9	2,0	2,3	2,3	2,3
VERKEHR									
Kraftfahrzeugbestand									
Kraftfahrzeuge insgesamt	1.7.	1000	66 ^c	88 ^c	112	139	r 167	188	204
darunter									
Kraftträder	1.7.	1000	22 ^c	31 ^c	41	52	r 63	70	72
Pkw ¹²⁾	1.7.	1000	20 ^c	27 ^c	34	42	r 54	65	75
Lkw	1.7.	1000	16 ^c	19 ^c	23	26	28	28	27
STEUERN									
Bundessteuern									
absolut	Rj.(JS)	Mio DM	536	617	682	647	645	775	864
je Einwohner	"	DM	210	248	277	271	277	338	380
Landessteuern ¹³⁾									
absolut	"	Mio DM	171	251	329	345	366	347	414
je Einwohner	"	DM	67	101	134	145	158	152	182
Gemeindesteuern									
absolut	"	Mio DM	119	140	158	170	183	192	205
je Einwohner	"	DM	47	56	64	71	79	84	90

1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, Stand = Stichtag (Monat), Rj. = Rechnungsjahr 2) 1950 und 1951 Inhaber von Landesflüchtlingenausweisen A, ab 1952 wie Anmerkung 1, Tab. a 3) 1950 und 1951 Inhaber von Landesflüchtlingenausweisen B 1, ab 1952 wie Anmerkung 2, Tab. a 4) Arbeiter, Angestellte und Beamte 5) über 52 Wochen in der Alfa Unterstützte
6) Stand 1950 - 1952: 15. 5. 7) ohne Minderheitsschulen 8) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 9) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 10) 1950 - 1951: Normal- und Notbau, 1952 - 1956: Normalbau
11) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 12) einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen 13) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer a) Fortgeschriebene Wohnbevölkerung nach dem Stand vom 30. 6. 1956 b) Stand: 31. August c) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge

c) Kreiszahlen

Kreisfreie Städte und Landkreise	Wohnbevölkerung am 30. 9. 1957					Arbeitslose am 30. 9. 1957			Industrie ²⁾	
	ins-gesamt	darunter		Veränderung in % gegenüber Volkszählung		ins-gesamt	davon		Beschäftigte am 30.11. 1957	Umsatz ³⁾ in Mio DM im Nov. 1957
		Vertriebene ¹⁾		1939	1950		männlich	weiblich		
		absolut	in %							
Flensburg	94 152	22 931	24,4	+ 32,8	- 8,4	2 641	1 142	1 499	7 088	23,2
Kiel	259 760	54 833	21,1	- 5,1	+ 2,1	5 219	1 911	3 308	34 546	106,3
Lübeck	230 376	73 838	32,1	+ 48,8	- 3,3	4 227	2 350	1 877	35 646	108,9
Neumünster	72 215	20 239	28,0	+ 33,5	- 1,7	1 089	464	625	12 810	24,4
Eckernförde	66 721	21 074	31,6	+ 55,9	- 23,0	1 155	781	374	1 489	2,9
Eiderstedt	19 507	3 791	19,4	+ 28,9	- 25,5	172	100	72	352	1,2
Eutin	89 312	31 205	34,9	+ 73,4	- 16,6	1 266	732	534	3 726	11,4
Flensburg-Land	62 018	14 248	23,0	+ 38,8	- 21,3	932	559	373	811	1,6
Hsgt. Lauenburg	129 878	46 186	35,6	+ 78,4	- 13,5	3 029	1 830	1 199	9 070	16,2
Husum	61 386	11 467	18,7	+ 29,3	- 21,7	970	700	270	882	2,4
Norderdithmarschen	58 649	14 966	25,5	+ 32,3	- 24,4	722	499	223	1 008	2,1
Oldenburg (Holstein)	77 373	23 544	30,4	+ 46,1	- 22,3	1 557	921	636	1 139	5,5
Pinneberg	201 451	63 410	31,5	+ 80,8	+ 0,8	1 419	658	761	19 928	66,3
Plön	106 858	29 830	27,9	+ 58,5	- 14,0	1 272	695	577	1 647	6,0
Rendsburg	155 659	43 502	27,9	+ 56,7	- 16,0	2 065	1 055	1 010	10 133	17,8
Schleswig	98 626	22 992	23,3	+ 27,1	- 22,8	1 573	1 006	567	3 942	24,9
Segeberg	91 361	29 106	31,9	+ 70,0	- 17,9	803	500	303	4 470	12,2
Steinburg	122 507	36 468	29,8	+ 42,2	- 21,5	1 193	796	397	9 107	29,4
Stormarn	133 528	45 066	33,8	+ 96,7	- 8,8	1 202	581	621	6 377	63,6
Süderdithmarschen	73 737	18 107	24,6	+ 36,6	- 24,9	565	420	145	4 752	20,1
Südtondern	58 613	11 167	19,1	+ 26,7	- 18,4	589	415	174	1 242	2,6
Schleswig-Holstein	2 263 687	637 970	28,2	+ 42,5	- 12,8	33 660	18 115	15 545	170 165	549,1

Kreisfreie Städte und Landkreise	Einnahmen aus Gemeindesteuern in 1. Rechnungshalbjahr 1957				Öffentliche Fürsorge ⁴⁾							
	ins-gesamt in 1 000 DM	darunter			Lfd. unterstützte Personen in der offenen Fürsorge am 30.9.1957		Gesamtaufwand im 2. Rechnungsvierteljahr 1957					je Einw. in DM
		Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme					absolut in 1 000 DM					
		je Einwohner			absolut	je 1 000 Einw.	ins-gesamt	darunter für				
		absolut in 1 000 DM	absolut in DM	Veränd. in % gegenüber 1. Rhj. 1956				Unterstützungen der offenen Fürsorge	einmalige	geschlossene Fürsorge		
Flensburg	5 023	3 187	34,16	+ 23	3 130	33,2	763	404	127	165	8,11	
Kiel	18 103	12 657	49,05	+ 13	7 531	29,0	2 249	1 004	344	616	8,68	
Lübeck	16 410	11 058	48,20	+ 14	6 599	28,6	1 858	884	272	512	8,05	
Neumünster	4 833	3 329	46,07	+ 28	1 939	26,9	544	269	56	162	7,54	
Eckernförde	2 116	793	11,95	+ 32	2 358	35,3	568	293	61	108	8,53	
Eiderstedt	889	198	10,43	- 16	554	28,4	121	70	7	14	6,17	
Eutin	3 677	1 599	18,04	+ 11	2 824	31,6	658	306	87	134	7,37	
Flensburg-Land	1 699	488	7,88	+ 1	1 377	22,2	361	137	19	119	5,80	
Hsgt. Lauenburg	5 114	2 761	21,31	+ 41	3 471	26,7	822	381	97	158	6,34	
Husum	2 242	828	13,41	+ 15	1 308	21,3	349	160	36	79	5,68	
Norderdithmarschen	2 360	929	15,66	+ 6	1 661	28,3	395	206	26	69	6,74	
Oldenburg (Holstein)	3 156	1 168	15,14	+ 10	2 244	29,0	513	245	60	88	6,62	
Pinneberg	9 216	5 825	29,88	+ 8	3 922	19,5	1 027	468	111	277	5,12	
Plön	3 488	1 309	12,24	+ 11	2 566	24,0	580	333	53	96	5,43	
Rendsburg	5 834	3 039	19,50	+ 13	4 134	26,6	926	508	78	141	5,95	
Schleswig	3 362	1 465	14,84	+ 4	2 777	28,2	556	320	47	79	5,65	
Segeberg	2 949	1 326	14,52	+ 29	1 768	19,4	512	206	29	153	5,61	
Steinburg	5 494	3 204	26,14	+ 8	3 599	29,4	820	403	68	139	6,69	
Stormarn	4 899	2 398	18,12	+ 23	2 383	17,8	695	337	58	175	5,21	
Süderdithmarschen	2 845	1 276	17,10	+ 17	2 276	30,9	431	252	42	54	5,85	
Südtondern	2 339	1 074	18,95	- 6	1 007	17,2	314	122	22	95	5,33	
Schleswig-Holstein ⁵⁾	106 048	59 913	26,61	+ 15	63 574	28,1	19 332	7 661	1 759	7 093	8,55	

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrierichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 4) einschl. Tbc-Hilfe 5) bei "Öffentliche Fürsorge": einschl. Landesfürsorgeverband, Landesjugendamt und Jugendaufbauwerk

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND*)

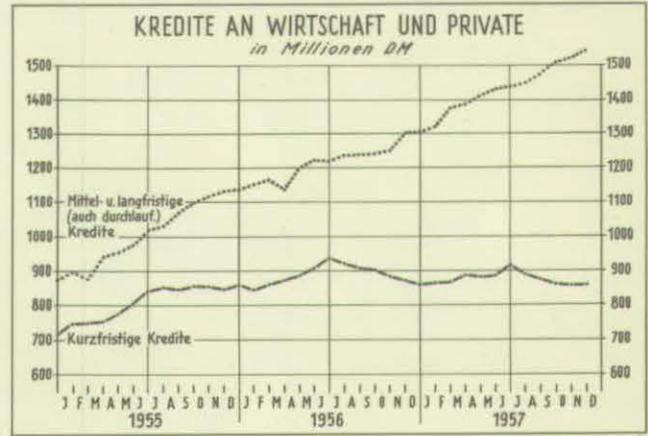
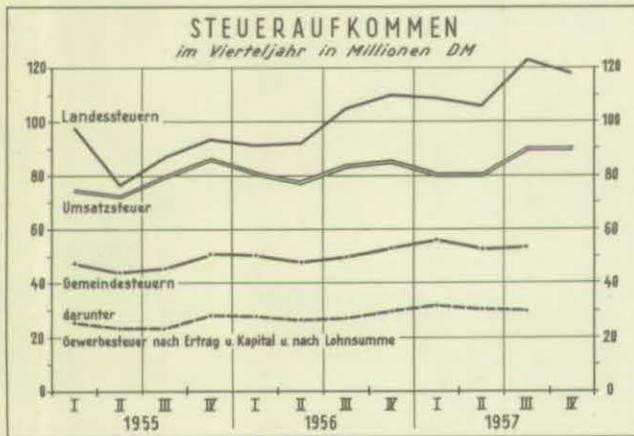
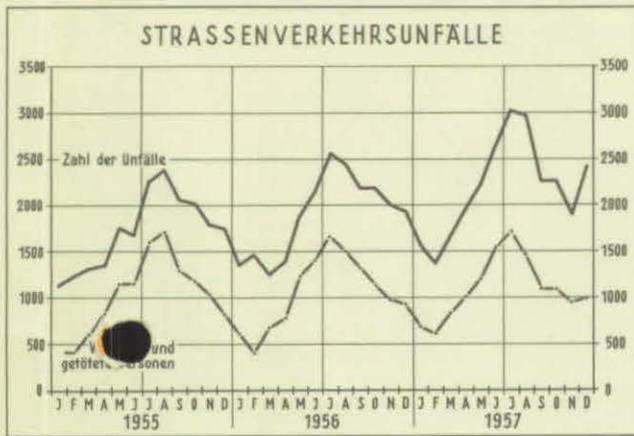
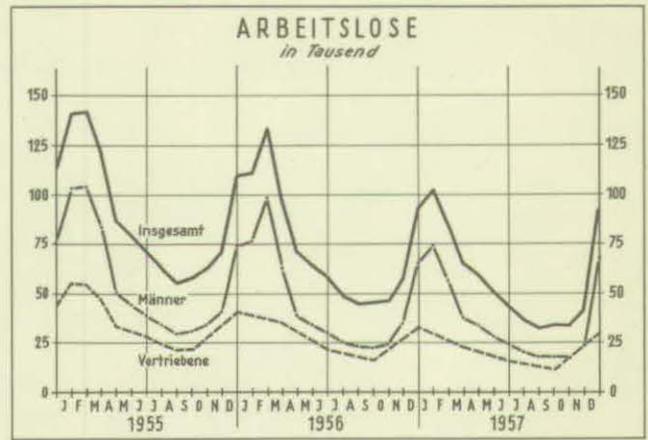
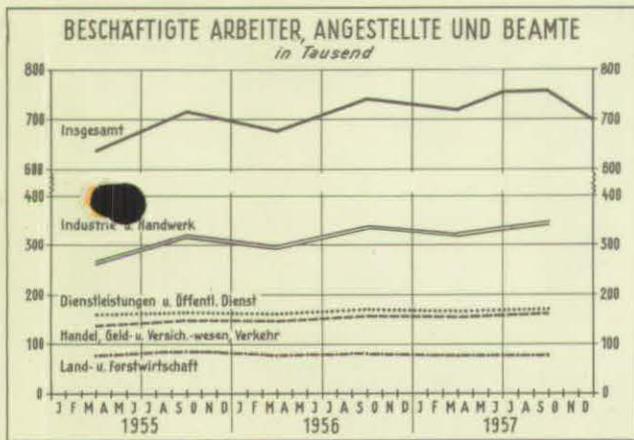
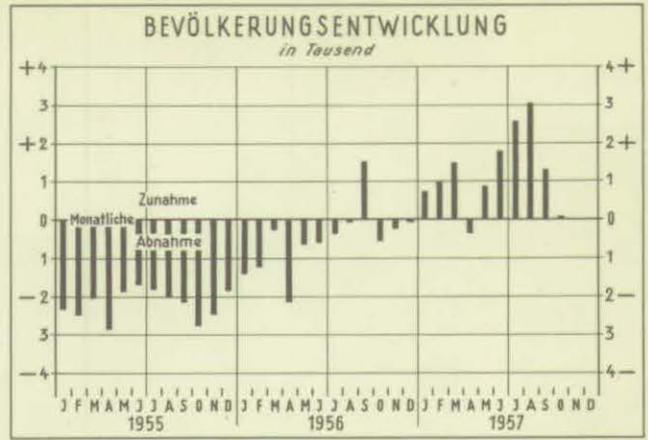
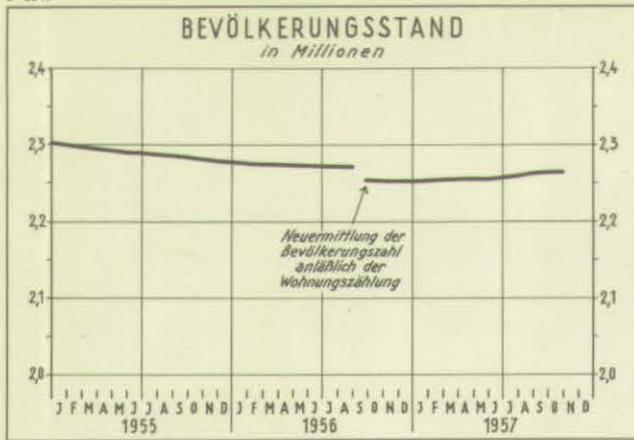
Bezeichnung	Zeit Stand	Bund	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württbg.	Bayern
Bevölkerung											
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung in 1000	30.6.1957	50 457	2 257	1 772	6 484	656	15 029	4 572	3 289	7 241	9 158
darunter Vertriebene ¹ in % der jeweiligen Wohnbevölkerung	"	17,9	28,2	13,0	25,5	14,4	15,1	18,3	8,3	17,4	19,1
Veränderung in % 30.6.1957 gegenüber VZ 1939	"	+ 28,3	+ 42,0	+ 3,5	+ 42,8	+ 16,5	+ 25,9	+ 31,4	+ 11,1	+ 32,2	+ 29,3
30.6.1957 " VZ 1950	"	+ 5,8	- 13,0	+ 10,4	- 4,6	+ 17,3	+ 13,9	+ 5,7	+ 9,5	+ 12,6	- 0,3
Bevölkerungsdichte ² , Einwohner je qkm	"	206	144	2 372	137	1 623	448	217	166	203	130
Arbeit											
Beschäftigte Arbeitnehmer ³ in 1000	30.9.1957	18 967	757	758	2 333	267	6 191	1 650	1 052	2 777	3 183
Arbeitslose in 1000	30.11.1957	479	41	17	98	10	69	41	29	27	147
je 100 Arbeitnehmer ⁴	"	2,5	5,1	2,2	4,1	3,7	1,1	2,5	2,7	1,0	4,5
Arbeitslose Vertriebene in % aller Arbeitslosen des betr. Landes	30.9.1957	21,5	34,1	8,1	27,5	11,1	11,7	22,1	9,9	24,5	23,3
Landwirtschaft											
Gemüseernte in 1000 t	1957	1 228	282	55	178	2	325	57	77	137	116
in kg je Einwohner	"	24	125	31	27	3	22	12	23	19	13
Erzeugung von Kuhmilch ⁵ in 1000 t	Nov. 1957	1 255	105	2	231	2	189	88	66	181	392
in kg je Kuh und Tag	"	7,4	8,1	7,4	7,8	8,0	8,0	7,1	6,4	7,0	7,3
Industrie											
Beschäftigte ⁶ in 1000	31.10.1957	7 373	172	227	660	106	2 855	600	342	1 308	1 104
je 1000 Einwohner	"	146	76	128	102	162	190	131	104	181	121
Umsatz ⁶ insgesamt in Mio DM	Okt. 1957	18 343	508	909	1 803	351	7 410	1 333	843	2 933	2 255
darunter Auslandsumsatz in Mio DM	"	2 687	64	104	273	102	1 068	249	134	432	262
Produktionsindex ⁷ (arbeitstäglich; 1950=100)	"	p 213	226	202	.	233	.	.	228	215	p 212
Bauwirtschaft^{5) 8)} und Wohnungswesen											
Beschäftigte in 1000	31.10.1957	1 283	58	42	167	21	409	107	72	186	222
je 1000 Einwohner	"	25	26	24	26	31	27	23	22	26	24
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt in Mio	Okt. 1957	217	10	7	28	4	71	17	12	31	37
darunter für Wohnungsbauten in %	"	46	45	41	49	44	45	45	46	48	47
Zum Bau genehmigte Wohnungen ⁹ absolut	"	44 809	1 798	1 864	5 212	867	14 636	4 105	2 226	6 183	7 918
je 10 000 Einwohner	"	8,9	8,0	10,6	8,0	13,3	9,8	9,0	6,8	8,6	8,7
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen) absolut	"	54 170	2 110	1 795	7 881	886	18 132	2 978	2 594	9 015	8 779
je 10 000 Einwohner	"	10,8	9,4	10,2	12,2	13,6	12,1	6,5	7,9	12,5	9,6
Ausfuhr											
Ausfuhr insgesamt in Mio DM ⁵	Okt. 1957	3 261 ⁸	60	114	302	109	1 252	282	147	501	348
Verkehr											
Straßenverkehrsunfälle insgesamt	2.Vj.1957	167 166	6 840	10 315	19 043	2 898	51 318	16 517	9 496	23 096	27 643
je 10 000 Einwohner	"	33	30	59	29	45	34	36	29	32	30
Getötete Personen absolut	"	3 467	117	60	492	33	1 013	255	260	524	713
je 1000 Unfälle	"	21	17	6	26	11	20	15	27	23	26
Steuern											
Steueraufkommen je Einwohner in DM	2.Rvj.1957	93	54	184	68	134	110	99	59	102	72
Landessteuern ¹⁰	"	103	106	393	77	273	109	71	82	97	73
Bundessteuern ¹¹	"	34	24	46	28	50	41	32	25	35	27
Gemeindesteuern	"										
Geld und Kredit											
Bestand an Spareinlagen je Einwohner in DM	31.10.1957	505	367	748	453	612	539	480	439	530	480
Fürsorge											
Öffentliche Fürsorge ¹² Aufwand je Einwohner in DM	Rj. 1956	25,62	33,05	40,09	23,64	38,21	28,27	25,94	18,52	21,68	22,69
Lfd. unterstützte Personen der off. Fürsorge ¹³ je 1000 Einwohner	"	19,1	29,7	22,5	20,0	32,0	19,7	19,2	15,2	15,8	17,3

*) ohne Saarland und Berlin (West)

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Gebietsstand 31.12.1956 3) Arbeiter, Angestellte und Beamte 4) Beschäftigte und Arbeitslose 5) vorläufige Zahlen 6) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 7) Gesamtindex (ohne Bau) 8) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet 9) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 10) einschl. des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer (33% im Rechnungsjahr 1957) 11) einschl. Notopfer Berlin 12) ohne "Sonstige Leistungen" 13) B aus den 4 Rechnungsvierteljahren 1956 a) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmont Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN A*

D-2315



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Index der industriellen Produktion; Industriebeschäftigte; Industrieumsatz, dar. Auslandsumsatz; Arbeitsverdienste; Beschäftigtenzahl und Produktionsindex für Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie.

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Heft 12/1957

Wohnungen und Wohnparteien in Schleswig-Holstein
Die Papierindustrien in Schleswig-Holstein 1950 – 1956
Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins 1956
Die Verbreitung des Rundfunks
Die Belieferung der Landwirtschaft mit Handelsdünger
Die gerichtlichen Ehelösungen in Schleswig-Holstein im Jahre 1956
Die öffentliche Jugendhilfe 1955 und 1956

Statistische Berichte

Im Dezember 1957 sind erschienen:

Wanderungen

Umsiedlung in Schleswig-Holstein – 3. Vierteljahr 1957 –

Gesundheitswesen

Neuerkrankungen an den wichtigsten meldepflichtigen Krankheiten in Schleswig-Holstein
– November 1957 –

Wachstumstand und Ernte

Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland in Schleswig-Holstein

Teil I: Die Ernte von Hülsenfrüchten und Rauhfutter, Erntevorschätzung von Zuckerrüben
– Ende Oktober 1957 –

Die Rübenernte 1957, Wachstumstand der Wintersaaten – Ende November 1957 –

Die Ernte 1957 – Jahreszusammenstellung mit Vergleichszahlen –

Ernteberichterstattung über Gemüse in Schleswig-Holstein

Die Gemüseernte 1957 – Jahreszusammenstellung –

Viehwirtschaft

Viehbestände in Schleswig-Holstein am 3. Dezember 1957 (Vorläufiges Ergebnis)

Schlachtungen in Schleswig-Holstein – Oktober 1957 –

Milcherzeugung und -verwendung in Schleswig-Holstein – Oktober 1957 –

Handwerk

Handwerkszählung in Schleswig-Holstein im Jahre 1956 (Endgültige Ergebnisse)

Industrie

Schleswig-Holsteinische Industrie (Monatlicher Industriebericht) – September 1957 –

Baugewerbe

Bauhauptgewerbe in Schleswig-Holstein (Monatliche Bauberichterstattung) – Oktober 1957 –

Handel

Umsätze im Einzelhandel in Schleswig-Holstein (Schnellbericht) – November 1957 –

Umsätze im Einzelhandel in Schleswig-Holstein (Endgültiges Ergebnis) – Oktober 1957 –

Schienen- und Strassenverkehr

Strassenverkehrsunfälle in Schleswig-Holstein (Vorläufiges Ergebnis) – November 1957 –

Strassenverkehrsunfälle in Schleswig-Holstein (Endgültiges Ergebnis) – 3. Vierteljahr 1957 –

Schiffsverkehr

Seeschifffahrt Schleswig-Holsteins (nach Häfen) – 3. Vierteljahr 1957 –

Sozialversicherung

Soziale Krankenversicherung in Schleswig-Holstein – 3. Vierteljahr 1957 –

Steuern

Einkommen und die Besteuerung der Körperschaftsteuerpflichtigen in Schleswig-Holstein
im Jahre 1954 (Vorläufige Ergebnisse)

Preise

Erzeuger- und Grosshandelspreise für Agrarerzeugnisse in Schleswig-Holstein – Oktober 1957 –

Einzelhandelspreise in Schleswig-Holstein – November 1957 –

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet – Oktober 1957 –

Löhne und Gehälter

Verdienste in Industrie, Baugewerbe und Handel in Schleswig-Holstein – 1. Vierteljahr und

2. Vierteljahr 1957 –

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 43 602,
Hausapp. 79. Schriftleitung: m.d.W.d.G.b. Dipl.-Vw. L. Korschey, Kiel. Bezugspreis: Einzelheft 2,- DM,
Vierteljahresbezug 5,- DM, Jahresbezug 15,- DM. Bestellungen nimmt entgegen: Stat. Landesamt Schleswig-Holstein
– Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet –

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen